Donnerstag, 26. Juni 1924. **Einzelnummer 15 Groschen.** 63. Jahrgang. Nr. 144

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Die politische Woche.

General Nollet und Herriot. — Der französische Schrei nach „Sicherheit". — Die Lüge von der deutschen „Revanche". „Maßnahmen des Wohlwollens". — Die Räumung von Ruhr und Rhein.

Herriot ist französischer Ministerpräsident; Nollet sein — Kriegsminister. Der berühmte „Ruck nach links" hat sich nach wochenlangem innerpolitischen Intrigantenspiel in diesem Kabinett der Versöhnung" also ausgewirkt: neben „Poincarés Gegner", dessen Ehrgeiz ist, „Frankreich den sozialen Frieden zu geben", der Vorsitzende der „Interallierten Kontrollkommission", dessen Offiziere sich schlemmend in Deutschland breit machten, um neben der militärischen in ausgedehntem Maße Handelsspionage zu treiben, dessen Namen für das deutsche Volk seit 1918 am eindeutigsten durch die französische Politik der brutalen Gewalt verkörpert ist. Ein grotesker Kompromiß! Auf der einen Seite ein innerpolitisches französisches Programm, mit dem die Sozialisten zufrieden sein können, auf der anderen der Wille und Zwang, die außenpolitische Gewaltlinie fortzusetzen. Was bedeuten im Herriotschen Regierungsprogramm alle schönen Phrasen von „Versöhnung" und „Weltfrieden" gegenüber der Stellungnahme zur Ruhrbesetzung und dem Sachverständigengutachten. Man nimmt mit dem ersten Atemzuge das Gutachten an, dessen Voraussetzung — zum hundertsten Male sei es gesagt! — klipp und klar die völlige Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit in allen besetzten Gebieten ist, und erklärt mit dem zweiten, daß man das Ruhrgebiet nicht räumen werde, „ehe nicht die von den Sachverständigen vorgesehenen Pfänder mit den gerechten und wirksamen Ausführungsgarantien festgesetzt und den internationalen Organismen übertragen sind, die die Vollmachten haben, sie zu verwalten." Mit anderne Worten: man will die Voraussetzung der Durchführung erst nach der Durchführung, verhindert also praktisch die Durchführung! Man schreit — wie immer — nach Reparationen und — sabotiert sie!

Es ist immer dasselbe: das „arme" Frankreich, das „nichts will als den Frieden und die Freiheit Europas", wie Poincaré sagte, das „der Politik der Gewalt, welche die Besetzung und territoriale Länderpressung mit sich führt, feindlich gegenübersteht", wie Herriot sagt, fordert außer Reparationen auch „Sicherheiten". Es ist nur zu logisch, daß mit dem Auftreten des Generals Nollet als Kriegsminister zugleich eine neue Hetze gegen das „schwer bewaffnete, revanchelüsterne" Deutschland einsetzte, entfacht von der Londoner „Daily Mail", mit Fanatismus aufgenommen vom Pariser „Matin" und „Journal". Deutschland rüstet zum Kriege! Deutschlands Turnvereine sind verkappte Divisionen! Deutschland plant einen „Überfall auf die Besatzungstruppen!" Es steckt Methode darin, wenn Herriot säuberlich zwischen „deutscher Demokratie" und „nationalistischem Pangermanismus" unterscheidet und beide gegeneinander ausspielt. Daß der nationale Gedanke, die Sehnsucht nach politischer Freiheit und Selbständigkeit in Deutschland unter dem Druck der Ketten von Versailles, den Peitschenhieben der französischen Henkerspolitik wächst, wer kann es verwehren? Aber was hat das mit Revanche zu tun? Kein Volk der Welt war und ist friedlicher gesinnt als das deutsche, ganz abgesehen davon, daß der General Nollet die Entwaffnung Deutschlands in vorbildlicher Weise durchgeführt hat; auch der wildeste Todesmut deutscher Jugend könnte Tanks, Gas, Flugzeuge und schwere Geschütze nicht wett machen. Hinter dem französischen Geschrei nach Sicherheit steht allein das böse Gewissen der französischen Machthaber, die fürchten, daß ein großes Volk von 100 Millionen Menschen nicht dauernd in die Kette gelegt werden kann, daß auch die schönsten neu errichteten Staatengebilde nicht in der Lage sind, 25 Millionen Deutsche des geschlossenen Siedlungsgebietes dauernd durch künstliche Grenzen von ihrem Vaterlande fern zu halten, es sei denn, man zöge aus Versailles die logischen Konsequenzen und rottet die 100 Millionen Deutsche kurzerhand mit Feuer und Schwert aus — was selbst das Frankreich von heute nicht mehr fertig bringen wird.

Deutschland hat keine Waffen; an militärischen Widerstand ist nicht zu denken. Jeder französische Sergeant weiß das vor allem jeder Engländer! Trotzdem werden die Pariser Alarmmeldungen von der „deutschen Revanche" in London aller Wahrscheinlichkeit nach um der französischen „Freundschaft „willen offene Ohren finden und einen sogenannten „gemeinsamen Schritt" zeitigen. Nicht umsonst hat Herriot das Lieblingskind Mac Donalds, den Völkerbund, ein wenig gestreichelt, zumal diese Genfer Gemeinschaft der französischen Politik nicht mehr gefährlich ist. Zusammengefaßt: das Kabinett Herriot-Nollet hat der französischen Außenpolitik keine entscheidende Wendung gegeben. Nichts wäre verfehlter, als die Überführung der 40 gefangenen Deutschen von der Insel Ré in Gefängnisse des besetzten Gebietes als „Maßnahmen des Wohlwollens" zu kennzeichnen. Auf Grund der Pfälzer Vereinbarungen ist die Begnadigung der Gefangenen und die Rückkehr der vielen Tausenden von Ausgewiesenen in ihre rheinische Heimat längst in Aussicht gestellt, aber noch in keiner Weise durchgeführt worden.

Die deutsche Politik aber wird in der kommenden Zeit wieder einmal auf die Probe gestellt werden, ob sie zu ihrem Worte steht und die Verwirklichung des Sachverständigengutachtens nur dann zur Debatte stellt, wenn eben die Voraussetzung, die völlige Räumung des Ruhrgebiets, erfüllt ist und darüber hinaus dem deutschen Volke von seiten der noch immer „Allierten" feste Garantien der Sicherheit vor französischen Gewalttaten gegeben sind. Laut Versailles ist am 10. Januar 1925 die erste Zone des rheinischen Gebietes (Köln-Aachen) zu räumen. Auch dieser Punkt bedarf einwandfreiester Aufklärung.

Die Optantenfrage.

Im „Dziennik Poznański" lesen wir:

„Nachdem wir von Herrn J. Tarnowski, Krakau, einen Artikel über ein Problem erhalten hatten, über dessen Lösung in der Posener Presse schon öfters geschrieben worden ist, wandten wir uns im Sinne der Schlußaufforderung des Autors an den hervorragenden Kenner dieser Frage, Herrn Kasimir Kierski, Rat und Vertreter des Präsidenten des Generalprokuratoriums in Posen, mit der Bitte um Kommentierung des besprochenen Problems. Anbei bringen wir die Ausführungen beider Autoren:

Der „Dziennik Poznański" vom 20. und 21. des vergangenen Monats brachte zwei ausführliche, dem Minderheitenvertrag gewidmete Artikel. Im zweiten wurde die Meinung des Herrn Prof. Bogdan Winiarski wiedergegeben, der eine der wichtigsten im Bereich des Vertrages liegenden Fragen behandelte, nämlich die Frage der Optanten. In dieser Frage sagte Prof. Winiarski u. a.: „Im Vertrage steht nichts darüber, daß der Völkerbund über die polnische Staatsbürgerschaft zu beschließen habe, noch darüber, daß die Optanten ad infinitum (ewig) in Polen bleiben sollen."

Gut! Aber wer soll eigentlich beschließen?

Nach dem Vertrage sind es scheinbar die Optanten. Art. 3 des Minderheitenschutzvertrages besagt, daß „alle Personen, die vom vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch gemacht haben, sich im Verlaufe der folgenden zwölf Monate nach dem Staat, zu dessen Gunsten sie optiert haben, abwandern müssen (devront, must)", jedoch mit dem Vorbehalt: „falls der Friedensvertrag mit Deutschland nicht dem widersprechende Bestimmungen enthält".

Art. 91 des Versailler Vertrages, der sich auf Polen bezieht, enthält nun Bestimmungen, die besagen, daß „alle Personen, die von dem für sie vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machen, im Verlaufe der folgenden zwölf Monate nach dem Staate, zu dessen Gunsten sie optiert haben, abwandern **können werden** oder dazu die **Möglichkeit haben werden** (auront la faculté; may)".

Wie wir sehen, macht Art. 91 des Versailler Vertrages den Zwang zunichte, der im Artikel 3 des Minderheitenschutzvertrages enthalten ist.

Um die ganze Bedeutung dieses Abschnittes des Art. 91 zu erfassen, muß man sich über die eigentliche Bedeutung der Ausdrücke „may" und „auront la faculté" klar werden. Das englische Zeitwort „may" bedeutet „können" und hat keine andere Bedeutung. Zum Beispiel „May I smoke" bedeutet: „Kann (= darf) ich rauchen?" „May I go" — „Kann (= darf) ich gehen". Und die bejahende Antwort darauf lautet: „You may", was so viel heißt wie: „Du kannst (= darfst)", und in der Verneinung: „You don't", was die Zusammenziehung des Ausdrucks: „You do not may" ist, und bedeutet: „Du kannst (= darfst) nicht!"

Daraus ergibt sich, daß der Artikel 91 des Versailler Vertrages in seinem englischen Text **zugunsten der Optanten spricht, indem er ihnen das Recht zuerkennt, sich nach dem Staat zu begeben, zu dessen Gunsten sie die Option ausführten, aber ihnen in dieser Hinsicht keinerlei Verpflichtung auferlegt.** Dieses Recht verlieren sie nach zwölf Monaten nach dem Datum der Option, wenn sie im Verlaufe dieser Zeit keinen Gebrauch davon gemacht haben. Nach diesem Termin hat Polen das Recht, sie mit Gewalt bei sich zurückzuhalten, wenn sie sein Territorium verlassen wollten, und es als angebracht betrachteten, daß sie in seinen Grenzen blieben.

Der französische Ausdruck: „avoir la faculté" hat eine andere Bedeutung, legt aber in keinem Falle der Person, auf die er sich bezieht, **irgend eine Verpflichtung auf,** sondern kann im Gegenteil nur die Verpflichtung denjenigen Personen auferlegen, die diesen Ausdruck zu jemandes Vorteil gebrauchen. Nehmen wir folgendes Beispiel: Wenn wir jemandem das Recht zum Auszug zuerkennen, müssen wir ihm diesen Auszug gewähren, wir dürfen ihm keine Hindernisse in den Weg legen, dürfen ihn nicht festhalten, aber haben nicht die Pflicht, ihm dabei zu helfen, sondern überlassen das seiner eigenen Initiative und seiner eigenen Tätigkeit. Wenn wir jedoch jemandem, der sich bei uns befindet, die Möglichkeit zum Auszug zusichern und anerkennen, daß er diese Möglichkeit haben wird (aura la faculté), so nehmen wir damit die Verpflichtung auf uns, ihn in eine Lage zu versetzen, daß er von dem Rechte Gebrauch machen kann; wir müssen ihm dabei helfen, müssen ihm den Abzug erleichtern, und hier entsteht eine Frage, die ich zwecks Diskussion aufwerfen möchte, um die Stellungnahme kompetenter Persönlichkeiten zu erreichen.

Es handelt sich nämlich darum, ob man die Ausweisung jemandes aus den Grenzen, der das Recht hat, sich nach einem anderen Staate zu begeben, als Erleichterung auffassen kann, inbezug auf die Nutznießung dieses Gesetzes. Und wenn dem so wäre, so könnte man sich daran machen, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Person Lust zur Nutznießung dieses Gesetzes zeigte oder nicht, offensichtlich innerhalb des zu diesem Zweck festgesetzten Termins, nach dessen Ablauf jede Initiative dieser Art widerrechtlich wäre, denn das innerhalb dieses Termins zuerkannte Recht wäre erloschen. Von einigen Seiten hörte ich eine derartige Auslegung dieses Artikels, aber sie erscheint mir doch als ein Risiko.

Unsere Vertreter auf der Friedenskonferenz haben wahrscheinlich die eigentliche Bedeutung der Ausdrücke „may" und „auront la faculté" nicht richtig begriffen, ebenfalls nicht den Unterschied, der zwischen der Bedeutung dieser Ausdrücke und der Bedeutung der Ausdrücke „devront" und „must" besteht. Sie haben nämlich nicht die Aufmerksamkeit auf den Widerspruch gelenkt, der zu Polens Ungunsten zwischen den Artikeln 36, 37, 85, 106 und 113 des Versailler Vertrages besteht. In den ersten fünf Artikeln, die sich auf die unter die Oberhoheit Tschechiens, Belgiens, Dänemarks, Luxemburgs und der Freien Stadt Danzig übergehenden Gebiete beziehen, wird gesagt, daß Personen, nachdem sie vom Optionsrecht zugunsten eines anderen Staates Gebrauch gemacht haben, das Territorium der besagten Staaten im Verlaufe von zwölf Monaten nach der ausgeführten Option verlassen müssen (devront, must). Es kann hier kein Zweifel darüber bestehen, daß sie, falls sie bis zu diesem Termin nicht selber auswandern, dazu gewaltsam gezwungen werden können, und die Ausweisung aus dem Territorium des besagten Staates hängt nicht von diesen Personen, sondern von den einzelnen Regierungen jedes dieser Staaten ab.

Aber kann man den Artikel 91 des Versailler Vertrages auf diese Weise deuten? Ihm zufolge scheint der Entschluß zum Abwandern, von dem die Rede ist, **nur von den Personen selbst abzuhängen,** sie haben die entscheidende Stimme, **nicht aber die polnische Regierung.** Und diesem Grundsatz zufolge könnten die an Tschechien im Teschener Schlesien und in Jaworzyna abgetretenen Polen, die für Polen optiert haben, aus Tschechien ausgewiesen werden, während dagegen Tschechen, die in Polen geblieben sind und für Tschechien optiert haben, ad infinitum in Polen bleiben könnten, die auf Grund des Art. 91 des Versailler Friedensvertrages **nicht ausgewiesen werden können,** falls man diesen Artikel nicht auf diese Weise deuten könnte, daß die ihnen zuerkannte Möglichkeit (la faculté), wo anderwärts hin auszuwandern, das Recht zu ihrer Ausweisung verleiht, weil man dadurch die Auswanderung erleichtert, unter Voraussetzung eines nicht ausgesprochenen Wunsches.

Es drängt sich die Frage auf, woher so ein Widerspruch zu Ungunsten Polens in diesem Artikel entsteht? Darauf gibt es nur eine Antwort: aus Mangel an Aufmerksamkeit und Verständnis für die Texte seitens unserer Delegierten. Denn man kann schwerlich annehmen, daß die alliierten Staaten Polen absichtlich derartig schädigen wollten. Wer eine andere logische Antwort auf diese Frage kennen sollte, der möge mit ihr hervortreten, und er wird dankbar begrüßt werden. Jan Tarnowski."

*

Über die von Herrn Jan Tarnowski berührte Frage habe ich schon so manches Mal geschrieben — sowohl in den Posener und Warschauer Zeitungen, wie auch in besonderen Zeitschriften. (Siehe zum Beispiel meinen Artikel: „Über Optionsprobleme" im Posener „Przegląd Administracyjny", September 1922, Heft 17/18.)

Herr Tarnowski hat recht, wenn er behauptet, es sei schwerlich anzunehmen, daß die verbündeten Staaten Polen in der Optantenfrage absichtlich schädigen wollten. Aber bisher unterlag — ohne Rücksicht darauf, wie die betreffenden Bestimmungen der internationalen Verträge lauteten — das Recht eines Staates, Personen aus seinen Grenzen auszuweisen, die zugunsten eines anderen Staates optiert haben, nicht dem geringsten Zweifel. (!)

Das Recht stützte sich vor allen Dingen auf allgemeine internationale Grundsätze, wonach die Verlegung des Wohnortes eine Pflicht für optierende Personen ist, die sich aus der durch sie vollzogenen Option und aus dem Wechsel der Staatsbürgerschaft ergibt. Jeder Staat, der Gebiete eines anderen erworben hat, verlangt, daß diejenigen, die die ehemalige Staatsangehörigkeit erwählten, im Verlaufe einer von vornherein festgesetzten Zeit (beneficium emigrandi) auswandern. Wenn jemand durch die Option sämtliche Bande zerreißt, die ihn mit dem gegebenen Staate verbinden, wenn er auf diese Weise erklärt, daß er zu einem anderen Staate gehören will, — wäre es unlogisch, wenn er nachher nicht in den Staat ziehen wollte, den er sich auserwählt hat, und wenn er weiter in einem Staate bleiben wollte, auf dessen Staatsbürgerschaft er verzichtet hat.

So stellt sich das besprochene Problem vom Standpunkte der Logik und den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts dar. Da aber diese Grundsätze durchaus noch nicht feststehen, haben in den internationalen Beziehungen alle Präzedenzfälle eine große Bedeutung. Präzedenzfälle, die das Recht zur Ausweisung von Optanten bestätigen, hat in erster Linie Deutschland selbst geliefert. U. a. finden wir im Frankfurter Vertrage vom 26. Januar bis 10. Mai 1871 der seinen siegreichen Krieg mit Frankreich beendete, im Artikel 2 folgende Bestimmung:

„Französische Untertanen, die aus den abgetretenen Gebieten stammen und gegenwärtig auf diesen Gebieten wohnhaft sind, werden, wenn sie die französische Staatsbürgerschaft behalten wollen, ab 1. Oktober 1872 durch eine den kompetenten Behörden abgegebene Erklärung die Möglichkeit haben (jouiront de la faculté), ihren Wohnsitz nach Frankreich zu verlegen und sich dort für immer anzusiedeln."

Es handelt sich also hier um das den in Elsaß und Lothringen wohnhaften französischen Untertanen verliehene Optionsrecht zugunsten des französischen Staates, wie wir es augenblicklich im Artikel 91 des Versailler Vertrages bezüglich der deutschen Staatsbürger finden, die im Posenschen und in Pommerellen wohnhaft sind. Die in beiden Verträgen angewandten Ausdrücke „jouiront de la faculté" und „auront la faculté" bedeuten durchaus dasselbe und bestätigen die Identität der Berechtigungen.

Interessant ist die Sache, wie die Deutschen die oben zitierte Bestimmung des Frankfurter Vertrages erklärten und praktisch anwandten.

Eine Antwort finden wir in der Bekanntmachung des elsässisch-lothringischen Oberpräsidenten von Möller an die Kreislandräte von Straßburg, Kolmar und Metz vom 7. März 1872, aus der sich ergibt, daß, als es sich um die praktische Anwendung des im Vertrage gebrauchten Ausdrucks „jouiront de la faculté" handelte, die Deutschen keinen Zweifel darüber hatten, daß das dasselbe bedeute wie „müssen".

Da die deutsche Regierung diese Interpretation annahm, achtete sie peinlich darauf, daß alle Personen, die die Option zugunsten der französischen Staatsbürgerschaft vollzogen hatten, sich innerhalb des bezeichneten Termins nach Frankreich begaben. Das bestätigt u. a. der gelehrte französische Jurist Calvo, der in seinem Werke „Le droit international théorétique et pratique", Paris 1888, Band II, S. 130, sagt:

„Ohne auf die Proteste der französischen Regierung zu achten, wurde die Bekanntmachung des Herrn v. Möller in der Praxis allgemein durch die deutschen Behörden angewandt."

Aber nicht nur die deutsche Regierung stand auf diesem Standpunkte, daß der Ausdruck „jouiront de la faculté" dasselbe bedeute wie „müssen". Auch alle französischen Gelehrten teilten

damals und später bis zum Augenblick des Abschlusses des Versailler Friedensvertrages diese selbe Ansicht und behaupteten einstimmig, daß auf Grund der Option für die Optanten die Verpflichtung bestände, nach dem Staate auszuwandern, zu dessen Gunsten sie die Option ausgeführt haben. Nach Ansicht der deutschen Rechtsgelehrten ist das eine gewöhnliche Folge jeder Gebietsabtretung und in Hinsicht auf die Staatssicherheit — eine durchaus nötige Folge.

Angesichts dessen muß hier betont werden, daß Polen ein Recht hat, die Optanten auszuweisen. Eine mittelbare Bestätigung dieses Gesetzes ist die Entschließung des Botschafterrates vom 20. Oktober 1921 in der Frage der Teilung Oberschlesiens (Dziennik Ustaw 1922 Nr. 44), in der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien vom 15. Mai 1924, die bekanntlich in Genf unter unmittelbarem Vorsitz des Völkerbundrates abgeschlossen worden ist.

Im Absatz 4 und im Artikel 40 der Konvention sicherte man den Optanten „das Recht ihres Wohnsitzes im Polnischen Oberschlesien fünfzehn Jahre hindurch nach dem Wechsel der Souveränität" zu. Daraus ergibt sich, daß nach Ablauf von fünfzehn Jahren die Optanten das Recht, auf dem polnischen Territorium zu wohnen, verlieren. Wenn jedoch in Oberschlesien, wo der Völkerbundrat zu einer besonderen Privilegierung des Deutschtums neigte, man den Optanten erlaubte, ihren Wohnsitz fünfzehn Jahre hindurch zu behalten, so wäre es unlogisch, anzunehmen, daß in den übrigen, nicht privilegierten Teilgebieten — Posen und Pommerellen — die Deutschen mehr Rechte besitzen sollten als in Schlesien, und daß sie infolgedessen dort ad infinitum ohne Zeitbegrenzung bleiben könnten.

Wenn die polnische Regierung, trotz Ablaufs des Termins, bis zu dem die Optanten nach Deutschland auswandern mußten, augenblicklich noch ihre Anwesenheit auf polnischem Gebiet duldet, so ist das ausschließlich ein Zeichen ihres guten Willens und nicht irgend welcher Verpflichtungen, die sich aus internationalen Verträgen ergeben. Es hängt vollständig von der polnischen Regierung ab, ob sie diese Anwesenheit weiter dulden wird oder nicht. Anstatt den Deutschen entgegenzukommen, die den Unterschied zwischen „werden können" und „werden müssen" aufgestellt haben, müßte man sich auf die durch mich gemachten Ausführungen stützen und hätte sich schon vor anderthalb Jahren zu einem entschlossenen und für den Staat einzig nützlichen (!) Standpunkt entschließen sollen.

Der Unterschied zwischen „auront la faculté" und „devront" ist der, daß im ersten Falle die polnische Regierung die Optanten entfernen kann aber nicht muß, im zweiten Falle wäre sie jedoch dazu verpflichtet, das bedingungslos zu tun.

Wenn man in der Freistadt Danzig, in deren Vertrage man den Ausdruck „devront" anwandte, trotzdem die deutschen Optanten nicht entfernte, so machte sie sich dadurch einer offensichtlichen Vergewaltigung des Vertrages (!) schuldig, womit sich — auf einen Antrag der polnischen Regierung hin — der Völkerbundrat befassen müßte. K. Kierski."

*

Der Streit um die Optanten ist noch nicht aus der Welt geschafft, denn der Schiedsspruch Kaeckenbeeks steht noch aus. Wir wissen heute nicht, welche Entscheidung gefällt werden wird, — aber der Streit um die Optanten geht weiter. Zu den bekanntesten Gegnern der Optanten gehört hier in Posen Herr Kierski. Wir haben bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, seine Auffassung hier festzuhalten und dazu unseren Standpunkt zu vertreten. Herr Kierski sagt im Grunde mit seiner Auffassung nichts Neues mehr, wir kennen ihn bereits.

Was aber durchaus neu ist, das ist der Standpunkt des Herrn Tarnowski aus Krakau, der auch den Standpunkt nicht teilen kann, den Herr Kierski einnimmt. Aus diesem Grunde ist der Stand seiner Auffassung bemerkenswert. Wenn Herr Tarnowski am Schluß seiner Ausführungen sagt, daß „diese Art, die er von verschiedener Seite gehört habe, in solcher Auslegung ziemlich riskant" sei, so kann man dazu wohl seiner Meinung sein. Denn etwas Gutes wird keiner einem anderen aufdrängen wollen, und Erleichterungen kann man jemandem nur dann geben, wenn dieser die Absicht hat, von seinem Rechte auch wirklich Gebrauch zu machen. Im anderen Falle wird ja dann diese Erleichterung wieder Gewalt.

Sehr treffend bemerkt dazu die „Deutsche Rundschau":

„Bemerkenswerter ist der Hinweis des Verfassers auf die Artikel 36, 57, 85, 106 und 113 des Versailler Vertrages, in denen von der Tschechoslowakei, Belgien, Dänemark, Luxemburg und der Freien Stadt Danzig die Rede ist und in denen unter den gleichen Verhältnissen nicht von „auront la faculté" gesprochen wird, sondern von „devront" — „müssen". Es ist doch auffällig, daß in allen diesen Fällen ganz präzis der Zwang ausgedrückt ist, und daß lediglich in dem Polen betreffenden Falle das „auront la faculté" gebraucht wird. Daraus muß doch mit zwingender Logik gefolgert werden, daß die Verfasser des Versailler Friedensvertrages mit vollem Bewußtsein und mit einer bestimmten Absicht diese verschiedenen Ausdrücke gebraucht haben.

Der Dziennik Poznański" hat den vorstehenden Artikel des Herrn Tarnowski Herrn K. Kierski in Posen zur Begutachtung unterbreitet, und dieser knüpft daran nun eine eigene Betrachtung über die Optantenfrage, die fast wortgetreu seinen früheren Auslassungen zur Sache entspricht, so daß es sich für uns erübrigt, darauf näher einzugehen. Herr Kierski steht natürlich auf dem Standpunkt, daß der polnische Staat die Optanten auszuweisen berechtigt sei. Beweise dafür seien die internationalen Grundsätze in dieser Frage. Wenn es Herrn Kierski beliebt, setzt er sich mit internationalen Grundsätzen leicht über internationale Verträge hinweg. Wehe dem Deutschen, der es ähnlich machte! Herr Kierski schränkt indessen dieses Argument dahin ein, daß diese internationalen Grundsätze noch nicht genau festgesetzt seien und daß man deshalb auf Präzedenzfälle zurückgreifen müsse. Ein solcher Präzedenzfall ist nach seiner Ansicht u. a. ein schon wiederholt von ihm erwähntes Rundschreiben des Straßburger Oberpräsidenten v. Moeller vom 7. März 1872, in dem das „jouiront de la faculté" (ein Ausdruck, der im Frankfurter Friedensvertrage enthalten ist, als gleichbedeutend mit „müssen" gesetzt wird. Herr Kierski verschweigt aber dabei, daß die Deutschen wohl theoretisch auf diesem Standpunkte standen, **daß sie aber praktisch das Gegenteil taten, nämlich daß sie die Optanten nicht nur nicht auswiesen, sondern denselben die Möglichkeit gaben, die Option zurückzunehmen.** Weiter argumentiert Herr Kierski, daß, wenn die deutsche Auffassung über den Begriff „auront la faculté" richtig wäre, daß dann die Bewohner von Posen und Pommerellen vor den oberschlesischen Optanten, denen das Recht zugestanden worden ist, fünfzehn Jahre im Lande zu bleiben, bevorrechtet wären. Es ist überflüssig, auf diese Beispiele, die wir oft genug mit guten Gründen zurückgewiesen haben, näher einzugehen. Zwischen einem Abstimmungsgebiet und einem Abtretungsgebiet besteht ein himmelweiter Unterschied. Es ist selbstverständlich, daß die Bewohner einer gemischtbevölkerten Zone, der keine Volksabstimmung als ein Mittel des Selbstbestimmungsrechts zugebilligt wurde, einen besonders weitgehenden Minderheitenschutz erhalten müssen. Der deutsch-polnische Vertrag ist für uns keine Präjudiz, soweit er die Rechte des Minderheitenvertrages einengt. Das soll in diesen Tagen, in denen der Vorsitzende des deutsch-polnischen Schiedsgerichts in Oberschlesien über die Auslegung unseres Minderheitenvertrages endgültig zu entscheiden hat, nicht allein Herrn Kierski gegenüber öffentlich festgestellt werden. Der „Dziennik Poznański" wäre übrigens besser beraten, wenn er Herrn Kierski zu Herrn Tarnowski in die Schule schickte, als umgekehrt von dem Mann ein Gutachten einzufordern, dessen rechtliche Deduktionen mit Recht wenig zu tun haben und weniger durch geistvolle Argumente, als durch logische Schnitzer reich geziert erscheinen."

Besuch des Agrarreformministers in Posen.

Der Agrarreformminister Ludkiewicz traf nach dem Besuch des jetzt vom Bezirkslandamt aufgeteilten Gutes Białożewina und der Staatsgüter Piotrkowice, Nowawieś, Niepruszewo und Otusz, sowie nach dem Besuch des Czarnikauer Kreises und dem Empfang von Interessentenabordnungen gestern vormittag in Posen ein. Nach einem Besuch beim Wojewoden begab sich der Minister nach dem Bezirkslandamt und erteilte nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes Audienzen. Am Abend fand im Konferenzsaal des Schlosses eine Konferenz statt, an der Vertreter der wirtschaftlichen Kreise Großpolens teilnahmen. Über den Verlauf der Konferenz werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Vom Sejm.

Die gestrige Aussprache des Sejm über den Haushaltsvoranschlag des Finanzministeriums leitete der jüdische Abgeordnete Rozmaryn ein. Nach ihm sprachen die Abgeordneten Byrka (Piastenpartei) und Toczek vom Bauernbund. Darauf ergriff der Abg. Kucharski vom Nationalen Volksverband das Wort. Er stellte fest, daß die Einkünfte des Finanzministeriums 80 Prozent der Gesamteinnahmen des Staates betragen, und daß vier Fünftel der Staatsausgaben aus den Einkünften dieses Ministeriums gedeckt werden. Der Redner besprach dann die Verhältnisse im Wirtschaftsleben und betonte die Notwendigkeit, langfristige, niedrig verzinste Kredite zu gewähren. Er verlangte dann ein Gesetz gegen den Geldwucher und entsprechende Maßnahmen der Bank Polski.

Abg. Chądziński von der Nationalen Arbeiterpartei erklärt sich kategorisch gegen jegliche Erhöhung der indirekten Steuern wie der Verbrauchssteuern.

Vizeminister Klarner hebt betreffs der Unzulänglichkeiten des Finanzsystems hervor, daß man schon seit einem Jahre einen Fortschritt in den Arbeiten des Haushaltsdepartements sehen könne, und daß zweifellos bald die Steuervorschriften einer Revision und Vereinfachung erfahren würden. Was die Emeriten betreffe, so könne von einem Unrecht nicht die Rede sein.

Abg. Michalski von den Christlich Nationalen schreibt der Vermehrung der Zahl der Umlaufsmittel in den durch das Statut der Bank Polski bestimmten Grenzen große Bedeutung zu, und erklärt zum Schluß im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, daß die Aufnahme einer Auslandsanleihe nötig sei.

Abg. Pączek von den Sozialisten brachte eine Reihe von Anträgen ein, die die Reformierung des Steuersystems betreffen.

Abg. Sergjusz Kozicki vom Klub der Ukrainer protestierte gegen die Steuerbelastung der ukrainischen Bevölkerung.

Zum Schluß sprach der Referent Abg. Łypacewicz von der Wyzwoleniegruppe. In längeren Ausführungen wies er alle Vorwürfe zurück, die in der Aussprache erhoben worden waren, und besprach die einzelnen Anträge.

Die Abstimmung über das Budget des Finanzministeriums und das Budget des Innenministeriums wurde auf die Vormittagssitzung vertagt.

Republik Polen.

Der Staatspräsident in Pommerellen.

Die erste Stadt, die der Staatspräsident Wojciechowski besuchte, war Strasburg. Über den dortigen Aufenthalt berichtet die „PAT." unter dem 22. Juni:

Auf seiner Durchreise nach Graudenz machte der Staatspräsident Wojciechowski einen Abstecher nach Strasburg, in Soldau und Lautenburg durch die örtliche Bevölkerung herzlich begrüßt. Strasburg, das heute die Feier der Fahnenweihe des 67. Infanterie-Regiments beging, hatte zum Empfang des hohen Gastes ein Festgewand angelegt. Nach dem Empfang auf dem mit Maiengrün geschmückten Perron des Bahnhofs, nach Entgegennahme des Rapports von dem Armeeinspekteur General Skierski und der Begrüßungen durch Abordnungen und Kinder begab sich der Staatschef im Wagen zur Stadt, auf dem Wege durch die Spalier bildende Bevölkerung auf das lebhafteste begrüßt. Am Stadttor begrüßte den Präsidenten im Namen der Stadt der Bürgermeister Jerzyckiewicz, und nach einem feierlichen Feldgottesdienst und der Weihe der Fahne übergab der Staatschef die Fahne dem Obersten des Regiments mit einer Ansprache, in der er die Verdienste des Regiments auf den Schlachtfeldern im Jahre 1919 und im Kampf gegen die Bolschewisten hervorhob und zur Nacheiferung mahnte. Nach Vereidigung des Regiments auf die neue Fahne defilierten die Truppen am Staatschef vorbei, worauf sich dieser in das Gebäude der Starostei begab, wo verschiedene Abordnungen in Audienz empfangen wurden.

Während des Banketts, das zu Ehren des Staatschefs von dem örtlichen und Kreiskomitee gegeben wurde, erinnerte der pommerellische Wojewode, Dr. Wachowiak, in einer Ansprache an die kräftigen und offenen Worte des Staatschefs, die im vergangenen Jahre in Thorn gesprochen wurden, daß Polen nur friedliche Ziele verfolge, die Verteidigung jedoch und die Befestigung des Meeres für Polen eine grundlegende Bedeutung habe. Es sprachen noch der Starost Olszewski, sowie der Abg. Ossowski.

Staatspräsident Wojciechowski antwortete mit folgender Ansprache:

„Strasburg, so sagen Sie, war ein Bindeglied zwischen den beiden Teilgebieten Polens zu Zeiten der Knechtschaft. Bei jedem Schritt haben wir Gelegenheit, uns von Eurer Anhänglichkeit an ganz Polen zu überzeugen. Die Hunderte von Freiwilligen, die von hier in den Jahren 1918/19 nach dem ehemaligen Kongreßpolen marschierten, das Fest Eures Regiments, das mit dem Namen Zygmunt Padlewski eng verbunden ist, der Aufstand vom Jahre 1863, diese Kapelle, die durch die Stadt zur Ehrung der polnischen Soldaten erbaut wurde, die im Kampfe mit den Bolschewisten gefallen sind: — alles dies ist der lebendige Ausdruck Eurer heißen patriotischen Gefühle für Polen und für Eure volle Liebe zu Eurem Vaterlande, die nicht von heute datiert. Ich schätze dieses edle Volk, das so treu auf der Warte des Meeres steht, und ich schätze auch den Charakter, den Ihr im jahrhundertelangen Kampfe mit dem unserem Stamme gefährlichen Feinde bewährt habt. Ich habe oft den Wunsch vernommen, die Republik möge möglichst viele solcher abgehärteten Bürger haben, wie Ihr es seid. Wir haben endlich diese glücklichen Zeiten erreicht, in denen unsere ganze Energie und Arbeitsfähigkeit ganz und gar schöpferischer Friedensarbeit gewidmet werden kann, um unserer Republik eine glänzende Zukunft herauszumeißeln. Alle haben wir die Pflicht, das Wohl des Vaterlandes und der kommenden Geschlechter im Auge zu behalten. Und das Bewußtsein, daß wir uns mit eigenen Kräften aus den ungewöhnlichen Finanzschwierigkeiten herauszuarbeiten vermochten und ein eigenes gesundes Geld geschaffen haben, ist ein gutes Omen und ein Ansporn für die künftige Arbeit zur Beseitigung der noch übrig gebliebenen Mängel und vor allem zur Hebung unseres Wirtschaftslebens nach allen Richtungen hin. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß der Hauptgegenstand der gegenwärtigen Bemühungen der Regierung die Beseitigung alles dessen ist, was die Entwicklung des Wirtschaftslebens hemmt. Es bleibt noch vieles zu tun übrig, doch ich sehe keinen Grund zur Besorgnis für die Zukunft, da der Sejm, der Senat und die ganze Gemeinschaft mit der Regierung mitwirken in der Aufklärung und Beseitigung der noch bestehenden Mängel. Zusammen mit der Entwicklung unseres Lebens wird unser Land als Hauptader Polens zum Meere an Bedeutung gewinnen. Ich zweifle nicht daran, daß binnen kurzem die segensreichen Folgen der Sanierung in die Erscheinung treten werden, und daß das pommerellische

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Riemasch.

(48. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Er fand seine Zimmer noch genau so vor, wie er sie verlassen hatte. Fräulein Pusterohr, seine Wirtin, hatte neuerdings eine Stelle als kalte Mamsell angenommen und darum wenig Zeit, sich um ihre häuslichen Angelegenheiten zu kümmern. Auf dem Schreibtisch lagen mehrere Briefe, darunter zwei Eilbriefe von seiner Frau. Auch zwei Telegramme. Da er seine gesamte Geschäftskorrespondenz jetzt an eine Deckadresse senden ließ, konnten sie auch nur von Lore sein. Er stampfte mit dem Fuße auf. Ein unsinniger, selbstquälerischer Haß gegen die Frau, an die er gebunden war, stieg in ihm auf. Er wollte Ruhe haben! Er wollte frei sein von allen Fesseln! Er machte Feuer im Ofen und warf die Briefschaften kurzerhand hinein.

Sein Bett war noch besät von den Weihnachtseinkäufen für Bebingen. Wütend warf er sie herunter. Die kleine, gelbe Trommel und die Kindertrompete rollten auf den Fußboden.

Er warf keinen Blick mehr darauf. Alles war für ihn versunken und vergessen. Er war wie betrunken von Müdigkeit, von Schlafbedürfnis vollgesogen wie ein Schwamm. In diesen letzten sechs Tagen hatte er kaum sechs Stunden geruht. Er wollte nur schlafen, schlafen. Er schloß die Türe ab und warf sich aufs Bett.

Er wußte nicht, wie lange er geschlafen hatte, als er durch donnerndes Poltern an seiner Türe geweckt wurde. Aus abgrundtiefem Schlummer fuhr er in die Höhe. Er fand sich nicht gleich zurecht. Um ihn herum war tiefe Finsternis.

Die Faust an der Tür arbeitete weiter.

„Was ist los?" schrie er rabiat.

Fräulein Pusterohrs hoher Diskant schrie zurück: „Sie haben Besuch, Herr Redlich . . . Ihre Frau ist da."

Redlich verstand nicht recht. „Wer ist da?"

„Ihre Frau" — rief Fräulein Pusterohr, es klang eigentümlich langgezogen.

Einen Augenblick hielt Redlich den Atem an. Dann sprang er aus dem Bett. Erlaubte sich jemand einen Scherz mit ihm? Oder —

Er machte Licht und fuhr in einen dicken Flauschmantel. Der Hals war ihm so trocken, daß er husten mußte. Er stürzte ein Glas Wasser hinunter. Mit unsicherer Hand öffnete er die Tür.

Er sah Fräulein Pusterohrs neugierig grinsendes Ohrfeigengesicht. „Treten sie nur ein, Fräulein," sagte sie. Sie glaubte offenbar nicht, daß man auch verheiratet sein kann.

Und Lore Redlich trat ein.

Eine zarte, hübsche Blondine mit blauen, erstaunten Augen und prachtvollen weißen Zähnen. Sie war in Trauer.

Das Willkommen blieb ihm im Halse stecken.

Kalt, fremd und feindlich blieb sie an der Tür stehen. Mit einem Blick des Grauens sah sie sich in dem kalten, wüsten Zimmer um.

„Lore . . . ! Ich bin eben von der Reise zurückgekehrt," sagte er. „Du mußt entschuldigen. Es wäre besser gewesen, Du hättest Dich angemeldet. Willst Du mir nicht wenigstens die Hand geben?"

Sie überhörte die Frage und preßte die Hände fester in den armseligen Muff.

„Ich habe mich angemeldet. Aber Du hast das Telegramm wahrscheinlich ebensowenig geöffnet und gelesen wie alles andere, was ich Dir mitgeteilt habe."

„Lore, Du hörst doch, ich war verreist, ich war sechs Tage lang auf einer anstrengenden Geschäftsfahrt, wo ich kaum Zeit zum Essen und Schlafen fand . . ."

„Aber dann hättest Du doch alles jetzt vorfinden müssen Die Frau sagte mir doch, es ist alles angekommen. Wo sind die Briefe und Telegramme?

Er wußte keinen Rat und keine Antwort. Er stand vor ihr wie ein ertappter Schuljunge. Er war plötzlich zu hilflos zur Lüge.

Ihr Mund verzog sich verächtlich.

„Da Du nicht anders zu erreichen warst, für Frau und Kind verschollen sein wolltest, kam ich selbst. Es ist nur sehr wenig, was ich Dir sagen will. Je eher ich von hier wieder fortkomme, um so besser. Es wird zwar alles spurlos an Dir vorübergehen, was ich Dir sage, aber wissen sollst Du es doch. Am 2. Feiertag ist unser Junge ganz plötzlich gestorben. Ich hatte ihm vorgeredet, Du würdest zu Weihnachten zu uns kommen. In einem unbewachten Augenblick lief er an die Bahn. Bei dem stundenlangen Warten in der eisigen Kälte hat er sich den Tod geholt."

Sie blieb aufrecht stehen, mit harten, blauen Augen, die keine Tränen mehr hergaben. Redlich setzte sich an den Tisch und legte den Kopf in die Arme hinein. Sie sprach weiter: „Das Band, das unsere Ehe zusammenhielt, ist zerrissen. Ich habe Dich aus Liebe geheiratet. Warum Du mich geheiratet hast, weiß ich nicht. Gehört hast Du mir nie. Wenn Naturen wie Du heiraten, so ist das ein Verbrechen. Aber das wußte ich ja vorher nicht. Darüber, was Du hier tust und treibst, glaube ich ziemlich genau unterrichtet zu sein. Ich habe nicht nur Gründe, sondern auch Beweise."

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Ist eine Rekonstruktion des Abendmahls von Leonardo da Vinci möglich?** In eingehendster Weise, gestützt auf reiche Fachkenntnisse, beschäftigte sich der soeben verstorbene Kunsthistoriker Hermann Kranichfeld mit dieser Frage und legte seine Erfahrungen in einem Essay nieder, der im Aprilheft von Velhagen & Klasings Monatsheften im Erstabdruck erschienen ist. Den wertvollen Ausführungen sind zahlreiche Studien, Gruppen- und Einzelbild-Ausschnitte beigegeben; der Artikel enthält natürlich auch Wiedergaben des ganzen Gemäldes in seinen verschiedenen Epochen. Die im Louvre befindliche Kopie des Abendmahls, angeblich von einem Schüler Marco d'Oggionnos, ist farbig wiedergegeben. Vielfachen Wünschen folgend hat der Verlag Velhagen & Klasing einen Sonderdruck von dem Aufsatz hergestellt. Das reichillustrierte Heftchen dürfte bei allen Kunstfreunden reges Interesse hervorrufen.

Land mit seinen Städten, die auf dem Wege zu dem neuen Meereshafen in Gdingen gelegen sind, sich so beleben wird, wie dies zu Zeiten der deutschen Herrschaft nicht möglich war. Wir schreiten immer mehr vorwärts, und ich appelliere an Euch, nicht müde zu werden in der weiteren ausdauernden Arbeit unter der Devise: Pommerellen als die Hauptader des großen Polens zum Meere möge sich entwickeln und mächtiger werden!"

Nach dem Bankett fand in der Aula des Gymnasiums ein Raut statt, worauf der Staatspräsident die Fahrt nach Graudenz fortsetzte.

Bedrohliche Haltung der Arbeitslosen.

In Zduńska Wola fand eine Versammlung von Arbeitslosen statt, in der die zwangsweise Öffnung der Fabriken verlangt wurde. Ähnliche Forderungen wurden in Lodz aufgestellt.

Die Krise in Lodz.

Der Stillstand in der Lodzer Industrie dauert weiter an. Je länger die Krise dauert, desto mehr wächst die Überzeugung, daß in dem Augenblick des Zustroms fremder Waren eigene Waren auf den Markt geworfen werden müssen, wenn auch zu billigeren Preisen, und die Handelskreise hoffen, daß sich der Markt dann etwas belebt.

Vom Besuch der französischen Bischöfe.

Die französischen Beschöfe begaben sich am Dienstag nach Gnesen, wo auch das Grab des heiligen Adalbert besucht wurde. Im erzbischöflichen Palais gab der Prälat Laubitz ein Frühstück. Um 3 Uhr nachmittags begaben sich die Gäste über Wreschen und Schroda nach Kurnik und stiegen beim Grafen Zamoyski ab. Die Bischöfe interessierten sich besonders für die Originalmanuskripte Napoleons I. Am Abend fuhren die Gäste nach Kattowitz.

Eisenbahnersitzung.

Am Dienstag vormittag berieten die einzelnen Kommissionen des allgemeinen Kongresses von Eisenbahnerdelegierten. Man bereitete eine Reihe von Anträgen für die Vollsitzung vor. Die Anträge sind vorwiegend innenorganisatorischer Natur und betreffen Verbandsangelegenheiten.

Inspektionsreise Sikorskis.

Kriegsminister General Sikorski tritt am 27. d. Mts. eine Industrieinspektionsreise an. U. a. wird er Skarżysko, Piotrków und Radom besuchen. Seine Begleiter sind die Generale Haller und Majewski, letzterer Verwaltungschef, ersterer Chef des Generalstabes. Die Inspektion hat den Zweck, die Lage der Kriegsindustrie gründlich zu prüfen, um Material zu sammeln für die Konferenz, die General Sikorski in der nächsten Woche einberuft. Es sollen an ihr Abgeordnete, Senatoren und Vertreter des Militarismus und der Industrie teilnehmen.

Ein Protest.

Die ukrainischen Abgeordneten und Senatoren haben dem rechtgläubigen Metropoliten Djonisius eine Denkschrift überreicht, die sich gegen den Minister Miklaszewski und die ganze Konfessionspolitik des Kultusministeriums wendet. Zum Zeichen des Protestes verlangen sie, daß der Metropolit zurücktrete.

Neue Vorlagen.

Der Ministerrat beriet am Montag über die Frage der Erleichterungen beim Erwerb und der Erteilung der Staatsbürgerschaft, außerdem über das Gesetz von der Amtssprache.

Eine verbotene Zeitung.

In Lemberg ist das Erscheinen der „Trybuna Robotnicza" verboten worden. Der Redakteur ist nach dem „Kurjer Pozn." mit seinen Gehilfen ins Gefängnis gesetzt worden.

Ein neuer Zolltarif.

Der Ministerrat nahm am Sonnabend den Entwurf für einen neuen Zolltarif an. Der neue Tarif korrigiert verschiedene Mängel des alten Tarifs und sieht eine Reihe von Zollermäßigungen vor. Ermäßigt werden die Zölle für Zucker, Superphosphate, Wäsche, Schuhwerk, Soda, elektrische Leitungen, Zellulose, Papier. Besonders herabgesetzt werden die Zölle für gegerbtes Leder, Wäsche und gewöhnliches Schuhwerk. Erhöht werden die Zollsätze für Roheisen, organische Farben und elektrische Maschinen.

Prof. Dr. Emil Dunikowski gestorben.

In Lemberg starb am Dienstag im Alter von 69 Jahren Dr. Emil Dunikowski, Professor der Geologie an der dortigen Universität.

Das Ergebnis von Chequers.

Schon gestern betonten wir, daß sich erst aus ihren Wirkungen die Unterredung von Chequers beurteilen ließe. Aus den heutigen Pressestimmen läßt sich klar erkennen, daß die Durchführung des Sachverständigengutachtens der wichtigste Punkt der Besprechungen war, um den die französische Politik sich herumzudrehen bemüht. Die französische Presse faßt das Ergebnis folgendermaßen zusammen:

1. Eine interalliierte Konferenz, die am 16. Juli in London zusammentritt und ausschließlich der Durchführung des Dawesplanes und der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Probleme — dazu gehöre die wirtschaftliche Freigabe von Rhein und Ruhr — dienen soll. Eine Einladung an Amerika werde ergehen, die Zuziehung Deutschlands sei mit Sicherheit zu erwarten.

2. Die Fragen rein militärischer Natur. Dazu gehöre die militärische Räumung der Ruhr. Der gesamte Fragenkomplex der französischen Sicherheiten soll Gegenstand besonderer Verhandlungen bilden. Hierdurch soll die militärische Räumung der Ruhr keinesfalls verschleppt werden, doch beabsichtigt Herriot, die Räumung der Ruhr von der Übergabe der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Pfänder und von besonderen Garantien für die Durchführung des Programms abhängig zu machen. Bei diesen besonderen Garantien hat Herriot im Auge gehabt:

a) die Überwachung der wichtigsten strategischen Eisenbahnlinien im besetzten Gebiet, um deutsche Truppentransporte beobachten zu können;

b) die Erfüllung der in der letzten Note der Botschafterkonferenz gestellten Forderungen, d. h. die nochmalige Veranstaltung einer Generalinspektion über den deutschen Rüstungsstand und schließlich die Betrauung des Völkerbundes mit weiteren Kontrollmaßnahmen.

Es wäre wahrscheinlich, daß alle diese Punkte, über die zum Teil bereits Einverständnis zwischen Paris und London besteht, noch einmal Gegenstand einer zweiten Konferenz bilden werden, zu der der von Ramsay Mac Donald angekündigte Gegenbesuch in Paris Anlaß geben könnte.

3. Die letzte Frage des gemeinsamen Programms bildete die Regelung der interalliierten Probleme, insbesondere also die der interalliierten Schulden, zu deren Vorbereitung ein Sachverständigenkomitee eingesetzt werden soll, und außerdem die von Belgien und Italien gewünschte Revision des Verteilungsschlüssels für die von Deutschland zu erwartenden Zahlungen.

Zu diesen Mitteilungen sagt die „D. A. Z.":

„Wenn man die Informationen aus französischer und englischer Quelle über die gestrigen Besprechungen einander gegenüberstellt, so ergeben sich erhebliche Abweichungen in der Darstellung der politischen Gesamtlage. In zwei Punkten ist der gegenwärtige Stand der Dinge vollkommen klar: einmal darin, daß die Verhandlungen, abgesehen von der Einberufung einer neuen Konferenz, in keiner einzigen Frage zu einem sachlichen Ergebnis geführt haben, und sodann darin, daß diese vollkommen durch die Haltung Herriots verursacht wurde, der in allen entscheidenden Punkten die Politik Poincarés so gut wie festhält. Man muß schon ein Vergrößerungsglas zu Hilfe nehmen, um überhaupt einen sachlichen Unterschied entdecken zu können."

Poincaré noch nicht redemüde.

Poincaré, von dem man annahm, daß er sich auf dem Lande von den Strapazen der Politik erholen werde, hat abermals eine längere Denkmalsrede gehalten. In dieser Rede beschäftigte er sich auch mit dem Sachverständigenbericht. Wenn Deutschland gezahlt hätte, so sagte Poincaré, so sei dies Ergebnis nur der erfolgten Ruhrbesetzung zu danken. (!) Zum Schluß sagte er dann wörtlich: „Wir haben erklärt, daß wir uns aus dem Ruhrgebiet erst nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zurückziehen werden. Wenn eine verfrühte Räumung vorgenommen würde, so bedeutete das eine schwere Unklugheit. Deutschland würde darin nur eine Handlung der Schwäche erblicken, und es würde sich alsbald mehr denn je den Vorschriften des Vertrages widersetzen."

Der zehnte Jahrestag des Mordes von Serajewo.

Am 28. Juni haben wir den zehnten Jahrestag des Mordes von Serajewo. Wir haben wohl noch alle in frischer Erinnerung, wie an jenem unheilvollen Tage das Fanal des kommenden Weltkrieges aufleuchtete und gewaltige Ereignisse vorausahnen ließ. Eine Meldung des „B. T." aus Wien sagt dazu:

Am 28. dieses Monats ist der zehnjährige Todestag des in Serajewo ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand. Monarchistische Kreise planen für den Tag eine Demonstration. Sie wollen ein Schiff mieten und unter schwarzgelber Flagge donauaufwärts nach Artstetten fahren, wo Franz Ferdinand und die Erzherzogin beigesetzt sind. Dann sollen in verschiedenen Donauorten monarchistische Kundgebungen stattfinden. Eine größere Ausdehnung der Kundgebungen, namentlich früherer Militärs, soll durch Absagen hoher und bekannter Generale, auch einiger Erzherzöge, vereitelt worden sein. Es verlautet, daß auch die Söhne Franz Ferdinands, die Grafen Hohenberg, beschlossen haben, das Grab ihrer Eltern am 28 Juni nicht zu besuchen. Außerdem verlautet, daß die Regierung die geplanten Kundgebungen verbieten werde. Gegen eine stille Gedächtnisfeier in Artstetten wird natürlich nichts eingewendet.

Der neue Amerika-Zeppelin.

Nach einem Bericht der Berliner „M.-P." ist der neue Zeppelin in etwa vierzehn Tagen startbereit, und er wird nach befriedigender Probefahrt dann seine Reise nach Amerika antreten. Die fünf Maybach-Motoren, von denen jeder eine Kraft von 400 Pferdestärken entwickelt, haben in den letzten Tagen eine 40stündige Laufzeit absolviert, die nunmehr zur Zufriedenheit ausgefallen ist. Augenblicklich ist man damit beschäftigt, die Motoren endgültig in die Gondeln des Zeppelinkreuzers einzubauen. Die Werftleitung wird bei günstiger Wetterlage das Schiff in den nächsten Wochen soweit fertiggestellt haben, daß Anfang Juli zunächst eine etwa drei- bis vierstündige Werftfahrt erfolgen und dann voraussichtlich am 5. Juli die erste große Probefahrt des Amerikaluftkreuzers unternommen werden kann. Dieser Flug soll von Friedrichshafen quer durch Deutschland nach Kopenhagen und voraussichtlich auch bis Stockholm und ohne Zwischenlandung wieder nach Friedrichshafen zurück erfolgen, wobei unterwegs auch Berlin berührt werden soll. An diese Probefahrt, an der auch die amerikanische Abnahmekommission teilnehmen wird, werden sich noch etwa drei bis vier Werftfahrten anschließen. Unter der Voraussetzung, daß diese Flüge zur Zufriedenheit der Zeppelin-Gesellschaft und der amerikanischen Kommission ausfallen, soll dann noch spätestens Anfang August der Flug über den Ozean angetreten werden, vorausgesetzt, daß nicht abnorme Witterungsverhältnisse eintreten werden. Entgegen der bisherigen Annahme soll der Amerikaflug nicht über Frankreich führen. Der Zeppelinkreuzer wird vielmehr Deutschland durchqueren, dann bei Hamburg die Nordsee überfliegen, um dann von Schottland aus den Flug über den Atlantischen Ozean anzutreten. Der Kreuzer wird dabei ungefähr dieselbe Route einhalten, die vor einigen Jahren das englische Starrluftschiff bei seiner Fahrt nach Amerika eingehalten hat. Von Schottland aus führt die Route direkt nach dem amerikanischen Flughafen Lakehurst. An Bord wird sich außer der deutschen Besatzung auch die amerikanische Abnahmekommission befinden. Führer des Luftschiffes ist der bekannte Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, Dr. Eckener. Da man damit rechnet, daß die fünf Maybach-Motoren eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 130 Kilometern in der Stunde entwickeln werden, hofft man, den ganzen Flug von Friedrichshafen bis nach Lakehurst in etwa 80 Stunden zurücklegen zu können.

Deutsches Reich.

Deutschnationale Besprechungen.

Berlin, 24. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist gestern an die Bayerische Volkspartei und an die Deutsche Volkspartei mit dem Antrag herangetreten auf eine Besprechung über die Neubildung der Reichsregierung. Der Antrag bedeutet die Wiederaufnahme der deutschnationalen Bestrebungen zur Sprengung des Kabinetts Marx-Stresemann und Bildung einer nationalen Regierung für das Reich. Die Besprechungen mit der Bayerischen Volkspartei finden am Sonntag nächster Woche statt, die Antwort der Deutschen Volkspartei steht noch aus.

Zur deutschen Entwaffnung.

Berlin, 24. Juni. Nach Mitteilungen des Außenministers Stresemann zu dem bayerischen Abgeordneten Held geht die deutsche Antwort auf die letzte alliierte Entwaffnungsnote am Freitag kommender Woche nach Paris ab. Die Anwesenheit des Botschafters v. Hoesch in Berlin dient ausschließlich der Formulierung der deutschen Gegenvorschläge. Nach dem Pariser „Matin" vom Sonnabend hat Kriegsminister Nollet erklärt, wenn Deutschland die letzten Entwaffnungsvorschriften abermals zu umgehen oder abzuschwächen versuchen würde, so müßten sofort die Zwangsmaßnahmen in Kraft treten, die im Versailler Vertrage vorgesehen seien. Das bedeute weitere französische Besetzungen in Deutschland.

Straferlasse.

Köln, 24. Juni. Das „Echo de Rhin" meldet, daß für die erste Serie der Begnadigungen im Okkupationsgebiet 350 Deutsche in Frage kommen, und zwar hinsichtlich aller Strafen, die unter sechs Monaten lauten.

In kurzen Worten.

Am 6. Juni feierte Rußland den 125. Geburtstag des Dichters Alexander Puschkin. In Michailowskoje, dem Landsitz des Dichters, wurde ein Puschkin-Museum eröffnet und die „Heiligen Berge", in denen die Gebeine des Dichters ruhen, erhielten den Namen Puschkinberge.

*

Aus Mailand wird gemeldet, daß sich der gewesene Pressechef Cesar Rossi freiwillig der Polizei gestellt hat, was zur Aufklärung der Mordaffäre Matteotti wesentlich beitragen wird.

*

Der Düsseldorfer „Rote Tag", den die Kommunisten für das Rheinland und für Westfalen einberufen hatten, verlief bei schwacher Beteiligung ruhig und ohne Störung. Man proklamierte die Weltrevolution.

*

Die Faszistenmiliz soll gänzlich umgestaltet werden, und zwar besteht die Absicht, die Miliz dem Heere anzugliedern und dem Kriegsminister zu unterstellen.

*

Der Warschauer Ministerrat tritt dem Plan eines neuen Zolltarifes näher, und zwar sollen die Zollsätze gegenüber denen des Jahres 1919 beträchtlich heruntergesetzt werden.

Aus anderen Ländern.

Erste und zweite Klasse in Rußland.

Die „Königsb. Hartungsche Ztg." meldet: Die Wiedereinführung der 1. und 2. Klasse im russischen Eisenbahnverkehr. Seit Beginn des Monats Juni ist in Rußland in den Eisenbahnwagen der ehemaligen Internationalen Schlafwagengesellschaft die seit der Oktoberrevolution abgeschaffte Einteilung in 1. und 2. Klasse wieder eingeführt worden. Demnächst soll diese Einteilung auch in allen anderen Zügen eingeführt werden. (Die erste Klasse wird wohl nur für Bolschewisten bestimmt sein.)

Nachklänge aus Chequers.

Köln, 24. Juni. Reuter meldet über die Besprechungen Mac Donalds mit Herriot, daß beide Staatsmänner das gesamte Gebiet der Reparationen und des Expertenplans behandeln, ebenso auch die osteuropäische Frage. Die Anknüpfung von Beziehungen zu Sowjetrußland werde in keinem Falle auf Kosten der unbedingten Sicherheit der Randstaaten gehen dürfen. Die militärische Besetzung der Ruhr ebenso eine gemeinsame Aktion im Falle eines neuen deutschen Versagens solle den späteren Besprechungen vorbehalten bleiben.

Ausdehnung der Untersuchung im Falle Matteotti.

Zürich, 24. Juni. Die sensationelle Wendung in der Mordaffäre Matteotti hat zur Ausdehnung der Untersuchung auf den bisherigen Innenminister de Bona geführt. De Bona, die rechte Hand Mussolinis beim Einzug in Rom und bei allen Mussolinischen Regierungshandlungen, ist aufgefordert worden, sein Haus bis auf weiteres nicht zu verlassen. Dumini hat weiter ausgesagt, wie die schweizerischen Zeitungen melden, daß im Amtsbureau des Ministers des Innern der Plan der Ermordung Matteottis beschlossen worden sei, weil Matteotti die Akten der Verhandlungen Mussolinis mit den Generalen des Heeres vor seinem Einzug in Rom in Händen hatte und Erpressungen damit zu begehen im Begriff stand.

Spaltung des Linksblocks in Frankreich.

Köln, 24. Juni. Der Telegraf meldet aus Paris, die Spaltung im Block der Linken hat zur Separation der gemäßigten Sozialisten geführt. Die Dauer der Herrschaft Herriot wird sehr begrenzt geschätzt. In den Cafés der Boulevards wird für einen Sturz Herriots innerhalb drei Monaten gewettet 8 zu 1.

Das Pariser „Journal" meldet, vor der entscheidenden Abstimmung in der Kammer haben die gemäßigten Sozialisten den Saal verlassen, weil sie nicht für Herriot stimmen wollten. Die Kommunisten stimmten gemeinsam mit dem nationalen Block gegen Herriot.

Frankreich und die deutsche Arbeitszeit.

Der Arbeitsminister Godart versicherte einem Vertreter der Havas-Agentur, daß die am Dienstag abgegebene Erklärung der französischen Regierung über den achtstündigen Arbeitstag eine Aufforderung darstelle, die mehr an die deutsche Demokratie, als an die deutsche Regierung gerichtet sei. Frankreich erwarte, daß die Aufforderung Deutschland dazu bewegen werde, die zur Verlängerung des Arbeitstages ermächtigenden Maßnahmen zurückzunehmen. Die französische Regierung werde sich erst dann an die Kammer um die endgültige Ratifizierung der Washingtoner Konvention wenden.

Letzte Meldungen.

Massenverhaftungen in Rom.

Karlsruhe, 24. Juni. Die Schweiz. Depeschen-Agentur meldet aus Rom: Hier sind 22 Personen in Haft genommen worden, weil sie an der Vorbereitung der Mordtat verdächtig sind. Zwanzig von ihnen gehören offiziell der faszistischen Partei an, 6 davon sitzen im Vorstand an der Seite Mussolinis. Die Erregung im Volke ist ungeheuer gestiegen, auf den Straßen sind die Massenansammlungen von der Polizei nur noch mühsam zurückzuhalten. In Neapel haben sich am Sonnabend die Kämpfe zwischen Faszisten und Sozialisten wiederholt, wobei es abermals einen Toten und 15 Schwerverletzte gegeben hat. Die Sozialisten haben einen Antrag im Parlament eingebracht, das Kabinett Mussolini möchte sich der Amtsgeschäfte solange enthalten, bis die Nichtschuld der jetzigen Minister am Komplott erwiesen wäre.

Zahlreiche Kündigungen im Industriegebiet.

Essen, 24. Juni. Im rheinischen Industriegebiet sind wegen Auftragsmangel am Sonnabend rund 15 000 Arbeiterkündigungen erfolgt.

Herriot und Theunis.

Die Beratungen Herriots mit Theunis und Hymans dauerten länger als eine Stunde. Als Herriot den Beratungssaal verließ, erklärte er, daß seine belgischen Kollegen mit dem Ergebnisse seiner Unterredung mit Mac Donald sehr zufrieden waren.

Die Schweiz und Sowjetrußland.

Basel, 24. Juni. Die „Nationalzeitung" meldet aus Bern: Der Bundesrat unterbreitete dem Nationalrat die Vorlage auf Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland.

Um Wilna.

Der neue litauische Premierminister Tumenat verkündete sein Regierungsprogramm, in dem er für die Außenpolitik besonders die Absicht der Wiedergewinnung Wilnas und die Annäherung an die Baltenstaaten betonte.

Frankreichs Beziehung zu Sowjetrußland.

Die französische Regierung hat der amerikanischen Regierung von ihrer Absicht, mit Sowjetrußland wieder geregelte Beziehungen aufzunehmen, Mitteilung gemacht. Entgegen allen Meldungen sind aber direkte Verhandlungen dieser Staaten über die russische Frage nicht erfolgt.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Die Verlobung meiner Tochter
Elli
mit dem Dr. med.
Herrn Claúdio Hernández
zeigt ergebenst an
Frau Gertrud Meyer, geb. Rehfeld.
Poznań, Juni 1924.

Meine Verlobung mit Fräulein
Elli Meyer
Tochter des verstorbenen Kaufmanns, Herrn Fritz Meyer und seiner Gemahlin Gertrud geb. Rehfeld, zeige ich hierdurch an
Dr. med. Claúdio Hernández
Granada z. Zt. Berlin.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 25. 6., 7½ Uhr: „Mignon", Oper von Thomas.
Donnerstag, den 26. 6., 7½ Uhr: „Tannhäuser", Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.
Freitag, den 27. 6., 7½ Uhr: „Mignon", Oper von Thomas.
Sonnabend, den 28. 6. 7½: „Madame Pompadour", Operette von Leo Fall.
Sonntag, den 29. 6., „Carmen", Oper von Bizet.
(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.)

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat Juli 1924

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

An unsere Leser!

Wir bitten den Abonnementsbetrag für das
Posener Tageblatt
von jetzt an nur in
Zloty-Währung
zu zahlen.

20 000 Złoty-
Hypothek auf schuldenfreies Industrieunternehmen **gesucht.** Friedenswert über 200000 Goldmark. Angebote unter **D. 7980** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verschiedenes

Verein deutscher Sänger. Freitag, den 27. 6. 24, abends 8 Uhr pünktlich, Uebungsst. u. Monatsverf. f. Sänger u. Nichtsänger im Evgl. Vereinshause.

Sommerfrische.
„Przemysławka" in Puszczykowo (Unterberg), auf der reizvollen Anhöhe Alt-Unterbergs gelegen, vermietet von sofort Sommerwohnungen. (1811

2000 Zloty
auf Landwirtschaft zu Bauzwecken auf 6—12 Monate zu Dollar- auch Roggenwährung g. gewünschten Zinsfuß gesucht. Offerten unter **A. 8015** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Die Beleidigung, die ich gegen den Landwirt **Gustav Conrad, Rejowiec** mehrmals getan habe, nehme ich hiermit reuevoll zurück. **Schiller.**

Die Aeußerung gegen Herrn **Erber** nehme ich zurück. (8081 **P. B.**

Evgl. besseres Mädchen, Mitte 20, möchte gern einen Forstmann oder Wirtschaftsinspektor von 30—40 Jahren **zwecks Heirat** kennen lernen. Nur ernstgemeinte Offerten unter **M. B. 8022** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Besseres, evgl. Mädchen wünscht auf diesem Wege geb., evgl. Herrn (nicht unter 30), in gesicherter Lebensstellung **zwecks späterer Heirat** kennen zu lernen. Off. unt. **J. H. 8021** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Landwirtschaftlicher Beamter, Landwirtssohn, evgl., 29 J. alt, sucht Damenbekanntschaft zwecks
Heirat.
Am liebsten **Einheirat** in Landwirtschaft. Vermögen vorhanden. Diskretion Ehrensache. Angebote unter **T. 8029** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Grundwirt, 40 J. alt, ledig, evgl., 15 000 Zloty Vermögen, sucht Frauenbekanntschaft
zwecks Heirat.
Off. unter **8035** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Weckapparat zu verkaufen.
Poznań, Krasińskiego 4, III.

Tausch
Ein erstkl. Rittergut von über 2000 Morg.
in **Deutschland** gegen eine Herrschaft im nördlichen Posen oder im südlichen Teil Pommerellens zu **tausch. gesucht.** Schloß über 20 Zimmer, elektr. Licht u. Kraft, Zentralheizung usw. Prima Lage, erstklassige Gebäude, guter Boden. Auf Wunsch Diskretion.
Adr. „Privat".
Justizrat Langowski, Stuhm

Hausgrundstück
in Polen, mit Garten, sowie 4 Zimmerwohn. u. gutgehend. Geschäft, in bester Geschäftslage, **tausche** geg. ebensolches in Deutschland. Gefl. Angeb. unt. **K. 8036** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ankäufe u. Verkäufe

Rote und schwarze Johannisbeeren, Himbeeren, Erdbeeren, Aepfel, Sauerkirschen
kaufen während der Saison in größeren Mengen
Domagalski i Ska.
Fruchtsaftpresserei
Poznań, Św. Marcin 34.

Landwirtschaft
von 73 Morg., 20 Klm. von Stadt Posen entfernt, prima Rüben- und Kleeboden, sehr schön gelegen, mit kompl. leb. u. totem Invent., sofort preiswert zu verkaufen. Off. unter **D. 7884** a. d. Gescht. d. Bl. erbeten.

Verkaufe oder tausche eine fast **neue Kugelflinte** Modell 98 gegen guten **Jagdhund** oder dressierten **Wolfshund**. Auch eine **Chaiselongue** zu **verkaufen**. Offerten unt. **R. 8016** a. d. Gescht. d. Bl.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 25. Juni.

Regierungsrat Krysiak †

Gestorben ist gestern vormittag 9½ Uhr plötzlich am Herzschlag der Regierungsrat Franciszek Salezy Krysiak im Alter von 57 Jahren.

Der Verstorbene war ein geborener Posener und absolvierte das hiesige Mariengymnasium. Als Publizist war er von 1889 bis 1918 tätig. Unter der Redaktion Franciszek Dobrowolskis trat er am 18. Dezember 1889 in die Redaktion des „Dziennik Pozn." und arbeitete dort zusammen mit dem jetzigen Chefredakteur des „Kurjer Warszawski", Dr. Władysław Rabski. 1902 übernahm Krysiak die Redaktion des „Dziennik Berliński", den er später als Eigentum erwarb. Hier entfaltete er eine lebhafte sozialpolitische Tätigkeit. Seine „Enthüllungen" über den Ostmarkenverein waren der Grund, daß er kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges nach Galizien floh, dort bis 1918 verblieb und in der Krakauer „Nowa Reforma" journalistisch tätig war. In Krakau hat er einen Teil seiner Enthüllungen in Buchform erscheinen lassen. 1918 kehrte er nach der Revolution nach Posen zurück. Am 1. April 1919 wurde er zum Regierungsrat bei der hiesigen Wojewodschaft ernannt. Für seine Tätigkeit wurde ihm der Orden „Polonia restituta" verliehen. Der Verstorbene hat während seiner ganzen journalistischen Tätigkeit und auch später als Regierungsrat das „Posener Tageblatt" im „Dziennik" und „Kurjer" abwechselnd oder gleichzeitig heftig befehdet und bekämpft. Auch ist der Entschlafene zweifellos in vielen Fällen der Urheber von gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen gewesen und hat Vertreter des Deutschtums wiederholt in Prozesse verwickelt, die allerdings nicht immer, wie erst kürzlich einer in seinem, Krysiaks, Sinne ausfielen. Doch angesichts der Majestät des Todes auch des politischen Gegners hat die Polemik zu schweigen. De mortuis nihil nisi bene!

Nochmalige Warnung vor einem Schwindler.

Aus dem Kreise Gnesen wird uns von einem Leser des „Pos. Tagebl." geschrieben:

Der Schwindler, von dem in Nr. 140 des „Pos. Tagebl." die Rede war, Ferdinand Bachert, verlegte, da er bei Posen wohl schon zu bekannt war, sein Tätigkeitsfeld in die Gnesener Gegend und kam nach Lulkowo, wo er auch einige gutgläubige Landwirte fand, die auf den albernen Schwindel, er besorge ihnen 16—21jährige Waisenkinder, von Ansiedlern, die liquidiert werden, und infolgedessen vom Waisenrat anderweitig untergebracht werden müssen, lediglich gegen Vorauszahlung der Reisekosten in Höhe von ungefähr 15 000 000 Mkp. Die Leute waren ganz begeistert, da er ihnen sagte, die Waisenkinder bekommen keinen Lohn, Marken brauchen nicht geklebt zu werden, krankenkassenpflichtig seien sie auch nicht, müßten bis zum 21. Jahre im Dienst bleiben. Diese glänzenden Schilderungen waren die Ursache, daß ein Landwirt den Schwindler immer dem anderen Nachbar empfahl. Der letzte spannte seinen Landauer an und fuhr mit ihm hochnobel ins nächste Dorf Neu-Striesen, er konnte auch hier noch einmal 15 Millionen kassieren und kam nach Lukaszewko, wo ihn jedoch sein Geschick ereilte, da man ihm das „Posener Taegblatt" mit seinem Signalement unter der Stichmarke „Vor einem Schwindler wird gewarnt", vorlegen konnte.

Der Vorgang zeigt, wie wichtig es ist, die Zeitung auch im Sommer zu halten und vor allen Dingen auch zu lesen; einige der Geprellten sind Bezieher des „Pos. Tagebl.", hatten aber aus irgendwelchen Gründen die Warnung vor dem Schwindler nicht gelesen.

Die Signalisierung des Sommerhochwassers.

Das Inspektorat der Warschauer Wasserbauinspektion in Thorn gibt bekannt, daß in diesem, ähnlich wie in vergangenen Jahren, die Bevölkerung der Weichselniederung von dem Nahen des Johanniswassers durch Signale in Gestalt von Körben in Kenntnis gesetzt wird, die in den Signalstationen in Schillno, Thorn, Pensew, Brahemünde, Bienkowko, Schwetz, Korzeniewo und Montau aufgezogen werden. Im Falle eines bedeutenden Steigens des Wassers bei Zawichozd wird an den erwähnten Stationen ein Korb aufgezogen, bei Warschau zwei und bei Thorn drei Körbe. Die Körbe werden wieder heruntergelassen, sobald die Hochwasserwelle die betreffende Signalstation passiert hat. Nähere Angaben über den Stand des Hochwassers werden außerdem auf Tafeln bekannt gegeben, die sich in der Nähe der Signalstationen b w. bei den Wasserstandmessern in Thorn, Culm, Fordon, Graudenz und Dirschau befinden.

Ein Schmuggler erschossen.

In der Gegend von Hochstüblau wird der Tabakschmuggel lebhaft betrieben. Vor wenigen Tagen gab es ein regelrechtes Feuergefecht zwischen Polizisten und bewaffneten Schmugglern. Im Morgengrauen sahen zwei Posten auf der Kunststraße zwischen der Försterei Eis und dem Dorfe Gora acht packentragende Gestalten. Dieser verdächtige Zug konnte erfahrungsmäßig nur eine Schmugglerstreife darstellen. Um die Rotte abzufangen, versteckten sich die Grenzbeamten im Walde und ließen den Zug an sich herankommen. Aus nächster Nähe wurde er angerufen und zum Stillstehen aufgefordert. Doch die Bande stob auseinander und zerstreute sich im Walde. Die Beamten nahmen nun die Verfolgung auf. Die flüchtenden Schmuggler eröffneten darauf auf ihre Verfolger das Feuer aus Revolvern, das von der Gegenseite erwidert wurde. Dabei wurde ein Mitglied der Bande, ein ehemaliger Eisenbahnangestellter A. K. aus Hochstüblau, in den Kopf getroffen und getötet. Es steht nicht ganz fest, ob er der Kugel eines der Polizeibeamten erlegen ist, da nicht ausgeschlossen erscheint, daß er von der eigenen Seite getroffen wurde, zumal die Flüchtenden ziellos im Walde umherknallten. Man hofft, daß die Leichenschau die Zweifel lösen wird. Wie aus dem häufig gestempelten Ausweis des Getöteten ersichtlich ist, hat er sich berufsmäßig mit dem Schmuggel befaßt. Von der Bahn war er seinerzeit wegen der Abbaumaßnahmen entlassen worden, hatte aber später wiederholt Gelegenheit, den Dienst aufzunehmen. Das tat er nicht, weil er inzwischen wahrscheinlich einen lohnenderen Verdienst gefunden zu haben glaubte.

Eine zweite Kammer für Handels- und Gewerbesachen beim Landgericht in Posen. Der „Dziennik Ustaw" Nr. 50 vom 18. Juni 1924 veröffentlicht eine Verordnung des Justizministers, die die Gründung einer zweiten Kammer für Handels- und Gewerbeangelegenheiten am hiesigen Landgericht, die Vergrößerung der Zahl der Handelsrichter und ihrer Vertreter an diesem Gericht bestimmt. Die Kammer wird am 1. August d. Js. eröffnet. Zwölf Handelsrichter und ebensoviel Vertreter werden eingesetzt. Die Ernennung des Vorsitzenden und die Berufung der Nachfolger erfolgt in der durch die Verfügung des Justizministers (§§ 4 und 5 vom 26. 7. 1879, Preuß. Gesetzblatt Nr. 210) festgesetzten Art und Weise. Zur Ernennung von Handelsrichtern und Vertretern für beide Kammern wird die Handels- und Gewerbekammer verschiedene Vorschläge machen (nach Verordnung der preuß. Justiz- und Handelsminister vom 10. 12. 03). Die Handels- und Gewerbekammer wird auf diese Stelle 36 Personen vorschlagen. Die ersten Vorschläge werden für die Zeit vom 1. August 1924 bis 31. Dezember 1924 geltend sein. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

✕ **Ordensauszeichnung.** In der Posener Wojewodschaft wurde gestern der Dozentin der skandinavischen Sprachen an der Posener Universität, Ingeborg Stömann, die zu den Gründern des polnisch-dänischen Vereins gehört, der Orden „Polonia restituta" verliehen.

Letzte Ziehung der Miljonówka. Am 21. d. Mts. fand in Warschau im Amte für die Staatsanleihen die letzte Ziehung der Gewinne der 4prozentigen Prämienanleihe statt. Ausgelost wurden alle Gewinne, die nach dem Gesetz auf das laufende Jahr entfallen sollten, nämlich 28 Prämien. Nunmehr erfolgt die Konversion der Obligationen in eine 5prozentige Złotyanleihe, und zwar auf der Grundlage 500 Mark = 1 Złoty.

✕ **Die Prüfungsgebühren für Apothekereleven im ehemals preußischen Teilgebiet** sind durch eine Verordnung vom 20. Mai d. Js. auf 30 Groschen festgesetzt worden.

✕ **Straßensperre.** Das Starostwo Grodzkie bittet uns mitzuteilen, daß wegen Umbaus der Brücke an der ul. Libelta (fr. Wittingstr.) für den Wagenverkehr die Straße gesperrt wird vom Ausgang der ul. Libelta bis zur ul. Jasna (fr. Buddestr.).

✕ **Der Hilfsverein deutscher Frauen** bittet alle Damen, die Sachen zur Handarbeitsausstellung gebracht haben, diese am Donnerstag, dem 26. d. Mts., in den Vormittagsstunden von 9 bis 2 Uhr im Bureau Wały Leszczyńskiego 2, Zimmer 3 (fr. Kaiser-Ring) abzuholen.

Evangelisch-lutherische Gemeinde. Am Fronleichnamstage machte der Kirchenchor und mit ihm zusammen ein großer Teil der hiesigen deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde bei herrlichem Sommerwetter einen Ausflug nach Rogasen. Vom Bahnhofe Rogasen ging es auf mit frischem Grün geschmückten Leiterwagen zunächst nach einem Rogasener Gasthaus, wo die Posener Gäste vom Rogasener lutherischen Kirchenchor mit einem Begrüßungsliede empfangen und mit einem Frühstück bewirtet wurden. Sodann ging man geschlossen in die dortige lutherische Kirche, wo auch die Seele mit einer von Superintendent Büttner gehaltenen Morgenandacht erquickt wurde. Auf etwa 10 Leiterwagen und noch anderen kleineren Wagen fuhr man nun, nachdem sich noch viele Glieder der Rogasener lutherischen Gemeinde angeschlossen hatten, nach dem herrlichen Buchwald und Nawisker See. Hier sangen abwechselnd der Rogasener und Posener Kirchen- und Männerchor vierstimmig schöne Lob- und Dankpsalmen und andere erhebende geistliche Lieder, sowie einige unserer alten lieben deutschen Volkslieder. Viel zu zeitig mußte wieder aufgebrochen werden, um den ziemlich früh abgehenden letzten Zug nach Posen zu erreichen. Der Rogasener evangelisch-lutherischen Gemeinde, insbesondere den Herren Landwirten und Gutsbesitzern, die ihre Leiterwagen kostenlos zur Verfügung gestellt hatten, sei noch einmal an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen.

✕ **Abreise der französischen geistlichen Würdenträger.** Mit dem Krakauer Zuge fuhren am gestrigen Dienstag, abends 9.25 Uhr, die französischen Bischöfe nach Kattowitz ab. Zum Abschied waren auf dem Bahnhof u. a. erschienen: Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor, Bischof Łukomski, Stadtrat Ruciński und General Raszewski. Eine Militärkapelle spielte bei der Abfahrt des Zuges die Marseillaise. Kardinal Dubois brachte, als sich der Zug in Bewegung setzte, ein Hoch auf Polen aus.

□ **Posener Wochenmarktspreise** Auf dem heutigen (Mittwoch-) Wochenmarkte herrschte eine große Zufuhr an Gemüse, namentlich an Kohlrabi und Mohrrüben. Das Bund bei den Gemüsearten kostete je 600 000 M. Ferner wurde bezahlt das Pfund Landbutter mit 2 000 000—2 300 000 M., die Mandel Eier mit 2 200 000 M., das Pfund alte Kartoffeln 100 000 M., Rhabarber 350 000 M., der Kopf Salat 150 000 M., das Pfund Schoten 600 000 M., Kirschen 800 000 M., Blaubeeren 1 Million, Äpfel 2½ Millionen, Schweinefleisch und Kalbfleisch je 1 Million, Speck 1 200 000 M.

Teatr Pałacowy. Die zweite Serie des Films „Am Kaminfeuer" wird im Teatr Pałacowy seit Montag mit großem Erfolg gegeben. Die Handlung des Stückes ist dramatisch und übt eine stark fesselnde Wirkung aus. Sie zeigt die Geschichte einer Menschenseele, deren Schmerz über den Verlust eines geliebten Wesens selbst der Anblick einer Frau, die der Verlorenen täuschend ähnlich sieht, nicht stillen kann. Das Spiel der Schauspieler mit Wiera Chołodnaja an der Spitze, macht das Stück sehenswert. Es bleibt bis Sonntag einschl. auf dem Spielplan.

✕ **Wegen umfangreichen Zigaretten- und Tabakschmuggels im Werte von vielen Milliarden** wurde ein gewisser Franz Stadie aus der ul. 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) festgenommen. Er war schon seit längerer Zeit des Schmuggels verdächtig. Als er gestern verhaftet werden sollte, hielt er die Tür so lange verschlossen, bis er eine Menge kompromittierender Korrespondenzen verbrannt hatte.

✕ **Aus der Warthe gezogen** wurde gestern nachmittag die Leiche des 28jährigen Arbeiters Vinzent Budzyński aus der Gr. Gerberstraße 54, der, wie in der Dienstagausgabe mitgeteilt wurde, Sonntag abend beim Baden mit Kameraden ertrunken war.

✕ **Unglücksfall.** Gestern wurde in der Glogauer Straße das im Hause Nr. 101 wohnhafte Kind Isabella Konieczna von dem Motorradfahrer Josef Manaszyk aus der ul. Kantaka 8 (fr. Bismarckstraße) überfahren und im Gesicht erheblich verletzt, so daß es einem Arzte zur Behandlung zugeführt werden mußte.

✕ **Ein jugendlicher Betrüger** prellte gestern abend eine Obsthändlerin der Großen Gerberstraße 9 durch einen falschen Zehnmillionenschein, den er aus zwei Fünfgroschenscheinen kunstvoll zusammengeklebt hatte und in Zahlung gab. Den roten 5 Groschen-Aufdruck hatte er irgendwie auf chemischem Wege entfernt.

✕ **Festnahme von Einbrechern.** Festgenommen wurden Leon Forulewski und Sigmund Robacki aus Winiary, die vor kurzem beim Kaufmann Kajewski in der ul. Szkolna 11 (fr. Schulstraße) 17 Kisten Margarine gestohlen hatten. Die Margarine wurde noch bei ihnen vorgefunden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: beim Aussteigen aus dem Wongrowitzer Zuge auf dem Hauptbahnhofe einem Landbewohner aus dem Kreise Wongrowitz eine silberne Taschenuhr; aus dem Starostwo Posen-West in der ul. Mickiewicza 31 (fr. Hohenzollernstr.) ein Fahrrad, Marke „Bristol" mit der Nr. 390 360.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern je 5 Betrunkene und Dirnen, 3 Diebe, 1 Person wegen Umhertreibens, 1 Betrüger, 1 gesuchte Person, 1 wegen Handels ohne Gewerbepatent.

---

* **Birnbaum,** 24. Juni. Die Hundesperre ist im ganzen Kreise Birnbaum aufgehoben worden. — In der Nacht zum Sonntag zogen über unsere Gegend wieder mehrere Gewitter, die zahlreiche heftige Schläge, aber auch ausgiebigen Regen brachten. Aus unserer nächsten Umgebung sind Gewitterschäden nicht bekannt geworden. Am Sonntag abend, nachdem nachmittags Gewitter bereits mehrfach drohten, entluden sich über unseren Ort erneut Gewitter. Diese haben glücklicherweise auch keine Schäden verursacht. Nur in südlicher Richtung sind in unserem Kreise diesmal sehr starke Regen niedergegangen, die an Wegen und Feldern vielfach Schaden angerichtet haben.

* **Culm,** 23. Juni. Ein Weichselausflug mit Hindernissen wird dem „Sł. Pom." geschildert. Der hiesige Ortsverein der Volksschullehrer beschloß einen Dampferausflug nach dem herrlich am steilen Weichselufer gelegenen Sartowitz. Auf zwei Fahrzeugen wurde die Flußfahrt angetreten. Auf der Tagesordnung stand noch eine Andacht in der Barbarakapelle des Sartowitzer Burgberges, ein gemeinsames Mittagessen, Parkbesichtigung und Gesellschaftsspiele. Doch es sollte anders kommen. Der Dampfer „Bałtyk" fuhr auf eine Sandbank auf und saß dort über sechs Stunden fest. Als dann endlich das Schiff vom Sande loskam und das ersehnte Ziel erreichte, war es so spät geworden, daß gleich wieder die Rückreise angetreten werden mußte.

* **Fordon,** 23. Juni. Am Sonnabend ist der Stadtrat Ignaz Borkowski beim Baden in der Weichsel ertrunken. Obgleich Borkowski schon 68 Jahre zählte, war er ein ausgezeichneter Schwimmer, indessen geriet er in eine Untiefe und eine Strömung und versank. Am Ufer befindliche Leute machten sich sofort daran, dem Versunkenen mit einem Kahn zu Hilfe zu kommen, sie fanden ihn indessen nicht. Erst nach einigen Stunden konnte seine Leiche geborgen werden. Vermutlich wurde das Unglück durch Herzschlag herbeigeführt.

* **Graudenz,** 23. Juni. Das einjährige Töchterchen der Malinowskischen Eheleute, in der ul. Lipowa wohnhaft, stürzte am Freitag vom Sofa, auf dem es saß, herab und schlug mit dem Kopfe so unglücklich an eine Stuhlkante, daß es sofort tot war. — Ertrunken ist gestern nachmittag beim Baden im Rudniker See ein Mädchen im Alter von 16 Jahren namens Martha Bieńkowska.

S. **Kolmar i. P.,** 24. Juni. Die Rübenfliege richtet an einigen Orten beträchtlichen Schaden an. Die Kieferneule, über die in unserem Blatte wiederholt eingehend gesprochen worden ist, breitet sich immer weiter aus und richtet große Flächen Nadelwald zugrunde.

* **Konitz,** 24. Juni. Im Jahre 1920 wurde in der hiesigen katholischen Pfarrkirche ein Diebstahl verübt, bei dem den Kirchenräubern ein Kelch in die Hände fiel. Als am Freitag ein hiesiger Malermeister die Wohnung des Schneidermeisters Th. renovierte, fand er auf dem Ofen einer Stube den Kelch. Die Diebe konnte man damals nicht ermitteln. Th. hat die Wohnung erst in späteren Jahren bezogen, und es wäre interessant, den vorigen Wohnungsinhaber kennen zu lernen, der vielleicht nähere Anhaltspunkte über den sonderbaren Fund geben könnte. — Am Sonnabend nachmittag wurde der siebenjährige Schulknabe Kroll, als er sich an einen mit Getreide beladenen Wagen der Firma Teichler hängte, am Gesicht, am Kopfe und an der Schulter schwer verletzt.

ps. **Kostschin,** 23. Juni. Am Fronleichnamstage fand in der hiesigen evangelischen Kirche ein gut besuchter Missionsgottesdienst statt, zu dem der Pastor Büchner aus Posen erschienen war, um die Festpredigt zu halten. Im Hinblick auf die demnächstige 100 jährige Gedächtnisfeier der Heidenmission schilderte der Redner in fesselndem Vortrag ein Missionarleben von der Ausbildungsstation an bis zum Kirchbau und der 1. Tauffeier im Heidenland. Der frische Gesang der 100. Psalms und der Frühlingsschmuck des Gotteshauses trugen zur Verschönerung der Feier bei, die allen Kirchenbesuchern in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

* **Lissa i. P.,** 24. Juni. Am 20. d. Mts. unterzogen sich elf Primaner des Lissaer Privatgymnasiums der mündlichen Reifeprüfung am staatlichen Marcinkowski-Gymnasium in Posen. Den Vorsitz der Prüfungskommission führte Professor Rychlicki. Es bestanden die Prüfung folgende sieben Abiturienten: Bickerich, Höflich, Jaensch, König, Kulczynski, v. Ondarza-Hasche und Schwarz.

S. **Aus dem Kreise Obornik,** 24. Juni. Starke Regengüsse gingen über einzelne Striche des Kreises am Freitag und Sonnabend nieder. Bei der anhaltenden großen Hitze war der Regen schon sehr erwünscht. Die Roggenblüte ist in der vergangenen Woche zu Ende gegangen; das Wetter ist für sie meist günstig gewesen. Bei Gerste und Weizen traten die Ähren hervor und gleich waren auch Blüten daran zu sehen. Ende der Woche konnte man auch schon Haferrispen beobachten. Blaulupine blüht, ebenso Erbsen. Auch auf die Entwicklung der Kartoffeln hat die Wärme günstig gewirkt. Das Wetter während der Akazienblüte gestattete den Bienen, viel Honig einzutragen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 23. Juni. Der 21jährige Beamte der Finanzkammer in Krakau Władysław Kłosowski, der vom Kreisgericht wegen Mißhandlung seiner 18jährigen Frau Janina zu drei Tagen Haft bzw. einer größeren Summe Geldstrafe verurteilt wurde, schoß auf seine Frau, als er mit ihr das Gerichtsgebäude verließ, und verletzte sie schwer. Dann steckte er den Lauf des Revolvers in seinen Mund und gab einen Schuß ab. Beide wurden in hoffnungslosem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert.

Sport und Spiel.

= **Box.** Der angekündigte Box-Match findet am nächsten Sonnabend, dem 28. d. Mts. statt, und zwar auf dem Sportplatz des hiesigen Sportklubs „Warta" in Wilda (neben der Pionierkaserne) um 6½ Uhr nachmittags. Bei ungünstiger Witterung finden jedoch die Faustkämpfe abends 8½ Uhr im großen Saale „Apollo" statt. Aus dem reichhaltigen Programm ist der Kampf des poln. Meisters im Bantamgewicht Menka (W. K. B. Poznań) mit Ciężki (W. K. B. Poznań) hervorzuheben. Zweitens dürfte das Zusammentreffen des sympathischen Janusz (W. K. B. Poznań) mit Górka (W. K. B. Poznań) beide Federgewicht, interessant verlaufen. Ferner kämpft Stamm (Centralna Szkoła Gimnastyki i Sportu) gegen Sypniewski (W. K. B. Poznań), beide Leichtgewicht. Stamm, der am letzten Box-Match (15. d. Mts.) zum ersten Male im Ring erschien, debütierte mit großem Erfolge und ist ein vielversprechender Kämpfer. Das größte Interesse hat jedoch in den hiesigen Sportskreisen der Revanche-Kampf des poln. Meisters im Weltergewicht Ertmański (W. K. B. Poznań) mit Kpt. Baran (Klub Sportowy Pentatlon) erregt, und mit großer Spannung erwartet man den Ausgang dieses Kampfes, der sicherlich reich an interessanten und aufregenden Momenten sein wird, umsomehr, da beide erwähnten Faustkämpfer über eine ausgezeichnete Technik und große Widerstandsfähigkeit verfügen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. Sch. hier. 1. Über den Aushang, zu dem Sie als Hauswirt verpflichtet sind, finden Sie die einzelnen Bestimmungen im Art. 7, Abs. 3 des s. Zt. von uns im Wortlaut veröffentlichten Mieterschutzgesetzes. (Dieses ist auch im „Sonderdruck" von der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. herausgegeben und dort zu haben.) 2. Wasserrohrbrüche gehören nach demselben Art. 7, 1 a—c nicht zu den von den Mietern gemeinsam zu tragenden Lasten.

H. S. hier. 1. Wir nennen Ihnen die „Berliner Briefmarken-Zeitung", Verlag von Philipp Kosack u. Komp. in Berlin C 2, Burgstraße 13 und die „Deutsche Briefmarken-Zeitung", Verlag von Hugo Krötzsch u. Komp. in Leipzig. 2. Die gelesenste in deutscher Sprache erscheinende Zeitung in Straßburg i. Els. ist die „Straßburger Neue Zeitung".

F. F. Sch. Gegen Hundeflöhe ist das einzige Mittel Bestreuen mit Insektenpulver und gründliches wiederholtes Baden der Hunde. Wenn das nichts hilft: ersäufen!

Handel und Wirtschaft.

Von den Märkten.

Produkten. Danzig, 24. Juni. Inoffizielle Notierungen: Weizen 11.60—12.00, Roggen 7.55—7.65, Gerste 8.10—8.25, Hafer 8.10, Viktoriaerbsen 12—20, Weizen- und Roggenkleie 7.50, Weizenmehl 37—39, Roggenmehl 25—26.

Krakau, 24. Juni. Ungarischer Weizen (79/80) 26—27, Domänenweizen (75/76) 26—26.70, Sammelweizen (72/74) 25 bis 25.50, Domänenroggen (68/70) 15—15.50, Sammelroggen (65/67) 14—14.50, Sammelhafer 15.50—16, Braugerste 16.50—17, Graupengerste 13.30—14.60, Futtererbsen 16—17, Viktoriaerbsen 48—52, Langstroh 5.00—6.00, Krummstroh 4.00—4.50, blauer Mohn 55 bis 58, grauer Mohn 48—50, Weizenmehl 50proz. aus dem Krakauer Bezirk 42—43, amerikanisches Weizenmehl Patent 48.50 bis 49.50, Roggenmehl 60proz. aus dem Krakauer Bezirk 23.50—24, 65proz. 23—23.65, Posener Roggenmehl 70proz. 23.50—24, Roggenkleie 8.20—8.50, Weizenkleie 9—9.30, Süßheu aus dem Krakauer Bezirk 7.80—9.00, halbsüß 6.50—7, Buchweizengrütze im ganzen 47—48, inländ. Hirsengrütze 45—46, Saubohnen 15—15.20, Futterklee 10—11.

Hamburg, 23. Juni. (In Goldmark). Weizen 134—142 Roggen 114—124, Hafer 124—130, Wintergerste (inl.) 140—148 Sommergerste 150—166, Mais 138—140.

Metalle. Berlin, 24 Juni. (Für 1 kg in Goldmark.) Raffinadekupfer 1.01—1.03, Original-Hüttenweichblei 0.55—0.56, Hüttenrohzink 0.54—0.55, Zinn (Banka Straits Austral) 4.05—4.15, Hüttenzinn 99 % 3.95—4.05, Reinnickel 98—99 % 2.25—2.35, Antimon Regulus 0.68—0.70, Silber in Barren 900 fein 88.25—88.25.

Edelmetalle. London, 23. Juni. Diskont 3, Silber gegen bar $34\frac{5}{8}$, drei Monate $34\frac{5}{8}$, Gold 95.3.

Neuyork, 23. Juni. Diskont 2, ausländ. Silber $67\frac{3}{4}$.

Börse.

Die Bromberger Holzbörse, deren Statut vom Warschauer Handelsministerium, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet, bestätigt worden ist, soll nunmehr in den nächsten Tagen eröffnet werden.

Berliner Börse vom 24. Juni. (Amtlich.) Kattowitz 79—81, Neuyork 4.19—4.21, London 18.15—18.23, Paris 22.49—22.61, Wien 5.93, Prag 12.37—12.43, Mailand 18.15—18.25, Brüssel 19.45—19.55 Budapest 5.19—5.21, Schweiz 74.16—74.54, Helsingfors 10.48—10.52, Sofia $3.06\frac{1}{2}$—$3.08\frac{1}{2}$, Amsterdam 157.31—157.99, Christiania 56.46 bis 56.74, Kopenhagen 70.72—71.08, Stockholm 110.97—111.53, Madrid 56.16—56.44, Buenos Aires $1.35\frac{1}{2}$—$1.36\frac{1}{2}$, Riga 79.69 bis 81.31, Tokio $1.70\frac{1}{2}$—$1.71\frac{1}{2}$, Rio de Janeiro 0.44—0.45, Bukarest 1.82—1.84, Belgrad 4.89—4.91, Danzig 72.56—72.92, Lissabon 11.62 bis 11.68, Reval $0.93\frac{1}{2}$—$0.95\frac{1}{2}$.

Wiener Börse vom 24. Juni. (In 1000 Kronen.) Mrażnica 37—39, Tepege 33.1—39, Montany 49.90, Zieleniewski 90, Karpaty 180, Fanto 210, Galicja 1450, Schodnica 270, Lumen 12.9, Bank Hipot. 7.5, Kol. Półn. 11 860, Nafta 250, Kol. Lwów—Czern. 160, Bank Małopolski 5, Brow. Lwow. 90, Kol. Południowa 53, Alpiny 415 Silesia 20, Krupp 170, Praskie Tow. Żel. 1811, Huta Poldi 679, Rima 101, Golesźów 750, Skoda 1230.

Warschauer Börse vom 24. Juni. Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 4.85, Bank dla Handlu i Przemysłu 1.70, Polski Bank Handlowy 3, Bank Związku Ziemian 0.30, Kredytowy 0.90, Zachodni 1.60. Industriewerte: Kijewski 0.21, Spieß 0.95, Chodorów 4.30, Częstocice 1.70, Michałów 0.50, Polska Nafta 0.60, Nobel 1.65, Parowozy 0.30, Rudzki 1.20, Ursus 1.05, Zawiercie 41, Tepege 2.50, Puls 0.39, Wildt 0.15, Czersk 0.60, Gostawice 1.40, W. T. Fabr. Cukru 3.30, W. T. K. Węgla 3.40, Cegielski 0.50, Lilpop 0.50, Norblin 0.50, Ortwein 0.21, Ostrowieckie 6.10, Pocisk 1.40, Starachowice 2.25, Żyrardów 53.00, Haberbusch 6.00, Spiritus 1.17. Tendenz nicht einheitlich, für die Mehrheit schwach.

Goldmünzen bei der Bank Polski unverändert.

Danziger Börse vom 24. Juni. (Amtlich). Warschau 110.35—110.90, Złoty 110.72—111.28, Neuyork 5.7755—5.8045, London 25.00, Paris 31.05—31.20, Neuyork telegr. 5.7705—5.7995, Schweiz 102.25—102.75, Amsterdam 216.08—217.17, Berlin 137.406—138.094, Rentenmark 138.403—139.097.

Posener Viehmarkt vom 25. Juni 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht

I. Rinder: I. Sorte 76—77 Złoty, II. Sorte 63—66 Złoty III. Sorte 42—48 Złoty. — **Kälber:** I. Sorte 57—58 Złoty II. Sorte 48—49 Złoty, III. Sorte 38—40 Złoty.

II. Schweine: I. Sorte 71 Złoty, II. Sorte 66—67 Złoty, III. Sorte 58—60 Złoty.

III. Schafe. I. Sorte 47—48 Złoty. II. Sorte 42 Złoty.

Der Auftrieb betrug: 56 Ochsen, 314 Bullen, 323 Kühe, 590 Kälber, 2595 Schweine, 479 Schafe. — Tendenz: sehr ruhig; Schweine und Rindvieh bis zum Notierungsschluß nicht ausverkauft.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 25. Juni 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	18.50—20.50	Gerste	10.50
Roggen	9.50—10.50	Braugerste	12.20—13.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	33.00—35.00	Hafer	12.30—13.30
		Roggenkleie	7.50
Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke)	16.15—17.90	Roggenstroh, lose	1.20—1.40
		„ gepreßter	2.30—2.50
Roggenmehl II. Sorte (65 % inkl. Säcke)	18.75	Heu, lose	3.40—4.20
		„ gepreßt	5.80—6.60

Marktlage etwas belebter. — Tendenz: ruhig.

Warschauer Vorbörse vom 25. Juni.

(In Złoty)

Dollar $5.22\frac{1}{2}$, Engl. Pfund 22.40, Schweizer Franken 91.10, Franz. Franken 27.12.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty

Wertpapiere und Obligationen:	25. Juni	24. Juni
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	—.—	3.00 (pro Dollar)
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	—.—	3.20
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—.—	0.40
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	2.00	2.00
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	—.—	2.20
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	3.50	3.50
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	—.—	1.75
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	1.80—2.00	—.—
H. Cegielski I.—IX. Em. (exkl. Kup.)	0.55	0.55
Centrala Rolników I.—VII. (o. Kup.)	—.—	0.60—0.65
Dębienko I.—IV. Em. (exkl. Kupons)	0.75	0.60
Galwana I.—III.	0.35	—.—
Goplana I.—III. Em. exkl. Kup.	2.	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.55	0.55
Hurt. Związkowa I.—V. Em. o. Kup.	0.20	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	2.75	2.80
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	49	50
Dr. Roman May I.—IV. Em. o. Bezr.	19	19
Młynotwórnia I.—V. Em.	—.—	0.55
S. Pendowski I.—III. Em. exkl. Kup.	—.—	—.—
Płótno I.—III. Em.	—.—	0.45
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. exkl. Kup.	0.25	0.30
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	0.80	0.80
Sarmatia I.—II. Em.	7.50	7
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	5	5
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—.—	1.45
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	8
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon	—.—	0.35
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em. Krot.	2.50	—.—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—II. Em. exkl. Kupon	1	—.—

Tendenz: behauptet.

Warschauer Börse vom 24. Juni.

Devisen (in Złoty):

Belgien	23.83	Paris	27.56—27.25
Berlin	—.—	Prag	15.30
London	22.42—22.38	Schweiz	92.01
Neuyork	$5.18\frac{1}{2}$	Wien	$7.30\frac{1}{2}$
Holland	194.20	Italien	22.39